

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333

Nr. 112 · Sept. 2012



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
 der Bezirksgruppe Südhessen
 der Gewerkschaft der Polizei
 und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
 und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Südhessen mit den
 Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
 Odenwald und D VS Südhessen

Herausgeber:
 PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
 Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
 Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:
 POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
 arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
 Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:
 Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

GdP BZG Südhessen

Norbert Weinbach,

Antonio Pedron

Die Bezirksgruppe im Internet:

www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
 NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
 Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
 enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
 lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
 auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
 gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
 die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
 unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
 werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
 veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
 Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
 zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
 und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
 Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
 vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
 (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
 ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
 werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
 (ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

Vorwort		Fußballer des PP SH kicken für guten Zweck		Gleicher Urlaubsanspruch	
	Seite 4		Seite 12		Seite 23
Eigensicherung ist kein Zufall		Wer will mit nach Panama?		Die Hessische Polizeistiftung	
	Seite 5		Seite 13		Seite 23
DuZ-Zulage auf 5 Euro erhöhen		Rätsel		Schlüssel verloren - GdP hilft	
	Seite 8		Seite 13		Seite 24
GdP-Urgestein feierte 90. Geburtstag		Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte		Die Weisheit der Dakota-Indianer	
	Seite 9		Seite 14		Seite 24
Dienstjubiläum im Personalratsbüro		GdP-Senioren wollen mehr Rechte		Respekt vor der Polizei geht verloren	
	Seite 9		Seite 16		Seite 25
39 neue Polizeibeamt/innen für Südhessen		Treffen der Polizeipensionäre Butzbach		Zwei Fahrzeuge mit einem Kennzeichen	
	Seite 9		Seite 19		Seite 26
Neuer Getränkeautomat im PP Südhessen		Bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung		Neuerungen bei der Hauptuntersuchung	
	Seite 10		Seite 19		Seite 26
Den polizeilichen Alltag kennen gelernt		Bürger für Polizei - Polizei für Bürger			
	Seite 11		Seite 20		

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,



Antonio Pedron

vor wenigen Wochen haben wir vermehren können, dass die Beihilfereform auf Eis gelegt wurde. Das war ein riesiger Erfolg! Hervorheben möchte ich, dass wir durch unseren Protest gemeinsam diese indirekte Gehaltskürzung verhindern konnten. Unser Protest wäre ohne euren Rückhalt nur Rauch gewesen - mehr nicht! Zugeben muss ich, dass ich mir manchmal mehr Entschlossenheit von der Basis gewünscht hätte.

Anfang August haben wir nunmehr dazu aufgerufen, den Urlaubsanspruch schriftlich zu beantragen. Das alles nur, weil die Landesregierung mit Zurückhaltung durch Aussitzen glänzt. Wir haben angemahnt, dass die Arbeitsbelastung bei unseren Verwaltungen unnötig potenziert wird. Auch das hat die Landesregierung in Kauf genommen. Nach der Beihilfereform haben wir dieses Thema auf der Agenda. Zwischenzeitlich haben wir einen „Angriff auf die LAK-Richtlinien“ verhindern können. Erst bucht man uns eine Stunde pro Woche auf das Lebensarbeitszeitkonto und dann will man sie uns nur mit Hindernissen und Hürden gewähren (Dazu findet ihr mehr unter der Rubrik „Aus dem Personalrat“). Mit gleicher Überzeugung arbeiten wir für eine Erhöhung des DuZ, des Leihengeldes und der Reisekosten.

Diese wenigen Sätze machen deutlich, dass uns nichts geschenkt wird.

Einigkeit in anderen Tarifbereichen

Schauen wir mal über unseren Tellerrand. Viele von euch wissen, dass ich vor meinem Polizeileben als Purser bei der Lufthansa (LH) tätig war. Auch damals war ich gewerkschaftlich organisiert. Aktuell sitzt der Lufthansa Vorstand die Tarifverhandlungen aus! Er macht

kein Angebot und redet über Outsourcing und Zeitarbeit, gleichwohl Gewinne eingefahren werden. Das Kabinenpersonal hat nur für die neuen Flugbegleiter eine kleine Grundgehaltssteigerung erhalten. Grund hierfür war, dass das geringe Grundgehalt einen Anspruch für die staatliche Wohngeldbezuschussung ausgelöst hatte und viele LH-Mitarbeiter dies auch beantragen mussten. Aus Imagegründen wurde dann das Grundgehalt erhöht. Ohne diesen beschämenden Grund wäre der Arbeitgeber nicht in Zugzwang gekommen. Hierfür würde ich meine Hand ins Feuer legen. Aktuell fand von Anfang Juli bis Anfang August bei der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation (UFO e.V.) mit Sitz in Mörfelden-Walldorf eine Urabstimmung statt. Alle Mitglieder waren aufgefordert, daran teil zu nehmen. Auf deren Homepage wurde stolz vermeldet (Auszug vom 13.8.2012):

„ Die beste Nachricht ist die Tatsache, dass sich 83,2% der Abstimmungsberechtigten UFO-Mitglieder an der Abstimmung beteiligt haben. Dies zeigt uns, dass der überwältigenden Mehrheit der UFO-Mitglieder die Bedeutung dieser Tarifrunde und die Notwendigkeit eines deutlichen Zeichens unserer gemeinsamen Entschlossenheit an den Arbeitgeber bewusst sind. Es wurden 97,5% JA-Stimmen abgegeben. Dieses nahezu einstimmige Ergebnis ist für uns ein großer Vertrauensbeweis, mit dem wir entsprechend verantwortungsvoll umgehen werden und es bestärkt uns darin, dass die Kabine bereit ist, für ihre Rechte notfalls auch zu kämpfen.“

Dieses stolze Ergebnis ist Kerosin für den UFO-Vorstand als Verhandlungspartei. Ich wünsche mir so ein Ergebnis innerhalb der Polizei, wenn es darauf ankommt und wir dazu aufrufen.

Sicherheitsbereich wird finanziell abgehängt

Wir haben zurzeit im Tarifbereich keine Möglichkeiten, die Arbeitszeit von Teilzeitkräften zu erhöhen, Hö-

hergruppierungen sind Mangelware. All jene Beschäftigten, die für die öffentliche Sicherheit arbeiten (Polizei, Justiz, Kommunalpolizei und Feuerwehr) müssen wieder geschützter Bereich der Politik werden. Leider ist hier das Krankenhauspersonal ausgenommen aufgrund der Privatisierungen. Bei der Polizei Personalkosten zu sparen, ist für mich der falsche Weg und ein schlechtes Signal. Wir dürfen es nicht einfach so hinnehmen, dass mehr Leistung verlangt wird und im Gegenzug weniger Geld im Portemonnaie ankommt. Solltet ihr in euren Bereichen Dienstvorgesetzte haben, die ohne Not mehr verlangen, dann lasst euch das nicht gefallen. Hirngespinnst wie vor einem Nachtdienst oder nach einem Tagdienst noch zwei Stunden Dienst dran zu hängen (insgesamt 14 Std. Schicht), gehört ganz klar die rote Karte gezeigt. Gleiches gilt für unseren obersten Dienstherrn, wenn er nicht auf uns zukommt. Und dafür brauchen wir euren Rückhalt. Wir haben innerhalb der Polizei Bereiche bei denen es entspannter abläuft und der Vorgangsdruck nicht sehr deutlich vorhanden ist. Von diesen Mitarbeiter/innen erwarte ich, dass sie sich für die anderen einsetzen.

Wir sind eine Polizei, unabhängig davon welcher Organisationseinheit wir angehören. Wir dürfen uns nie spalten lassen. Lagerdenken darf keinen Platz bekommen.

Die Tarifverhandlungen 2013 werden bald aufgenommen und wir werden euch unaufgefordert berichten.

In diesem Sinne mit herzlichen Grüßen, Antonio Pedron



Die neue GdP-App
Infos, Downloads, Schichtplan
ab Mitte September

Eigensicherung ist kein Zufall

Bundesweites Seminar der Junge Gruppe (GdP) in Saarbrücken

„Eigensicherung ist kein Zufall“ lautete das Motto des 1. Bundesseminars für polizeispezifisches Einsatz- und Zugriffstraining, das in Zusammenarbeit von JUNGE GRUPPE mit der EWTO (Europäische Wing-Tsun Organisation, größter professioneller Kampfsportverband der Welt) vom 22. bis 24. Juni erstmals in Saarbrücken organisiert wurde. 135 Polizei-, Justiz- und Zollbeamte, Feldjäger und Stadtpolizisten nahmen zum Teil sehr große Wege auf sich, um das polizeispezifische Einsatz- und Zugriffstrainingsseminar zu besuchen. Kolleg/innen aus allen Bundesländern sowie fünf aus Österreich waren vertreten. Aus Hessen nahmen sowohl EWTO-Referenten als auch zwanzig Teilnehmer aus fast allen Bereichen von Polizei, Justiz und Stadtpolizei teil, darunter auch unsere DIF-Trainer Ulrich Poremba (PP OH), Marc Dillbahner (PP SH), Guido Nink und Frank Witte vom Fachbereich 7 der Abteilung Fortbildung der Polizeiakademie Hessen. Bezug zum Polizeidienst

Die Idee zu diesem Seminar war im Frühjahr 2011 in den Reihen der Junge Gruppe Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen entstanden. Verantwortlich waren demnach Esther Schneider (SL), Christian Günther (RLP) und Antonio Pedron (Hessen). Uns wurde klar, dass die Hauptarbeit bei Esther Schneider im Saarland liegen würde. Unsere Absicht war, dieses Seminar allen anzubieten, so dass es letztendlich ein Bundesseminar wurde. Der Bundesjugendvorstand begrüßte den Vorschlag und unterstützte diese Idee sofort. Auch die EWTO begeisterte sich für unser Vorhaben, so dass wir gemeinsam unsere Idee verwirklichen konnten. Nach mehreren Zusammentreffen standen das Konzept und die Durchführung fest. Alles rund um das Seminar war „by GdP“ und das inhaltliche fachspezifische war „by EWTO“. Aufgrund vieler aktiver Kolleg/innen, die innerhalb der EWTO, zum Teil in Bereichen der Spezialeinheiten oder der Aus- und Fortbildung agierten,



Aufmerksame Zuhörer beim Seminar „Eigensicherung“

war immer der Bezug zum Polizeidienst hergestellt.

Reges Medieninteresse

Die Schirmherrschaft übernahm erfreulicherweise die Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes, Monika Bachmann. Sie hielt auch eine für mich sehr zutreffende Eröffnungsrede, indem sie klar stellte, dass der Dienstherr die Aufgabe habe, uns entsprechend auszubilden und vor allem auch zu schützen. Unsere Bundesjugendvorsitzende, Polizeirätin Sabrina Kunz, die Grußworte an Teilnehmer und Politik richtete, ehrte uns in besonderer Weise.

In ihrer kurzen Ansprache lobte sie einige Bundesländer, die ihren Beschäftigten nicht nur Bildungsurlaub gewährt, sondern auch Dienstfahrzeuge zur Verfügung gestellt hätten. Außerdem waren sowohl die innenpolitischen Sprecher der Landtags-Fraktionen als auch die Polizeiführung des Saarlandes, Vertreter des Saarländischen Rundfunks (Fernsehen), der BILD-Zeitung, der Saarbrücker Zeitung und der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ zugegen.



Einen Gegner fixieren, weitere Straftäter abwehren

Durch den Landespolizeivizepräsidenten des Saarlandes, Hugo Müller, wurde in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei einem Angriff auf Polizeivollzugsbeamte um kein Kavaliersdelikt handelt. „Es kann nicht sein, dass Widerstand gegen PVB ein gleiches Strafmaß hat, wie Fischwilderei“. Anmerken möchte ich, dass die GdP seit Jahren eine Gesetzesänderung fordert. Nach den Grußworten hielt der anerkannte Psychologieoberrat a. D., Dr. phil. Uwe Füllgrabe, zum Thema „Psychologie der Eigensicherung“ einen lebendigen und nachhaltigen Vortrag. Nach dieser zweistündigen theoretischen Einstimmung auf das Thema „Eigensicherung“ ging es dann direkt in die Praxis.

Methoden der Selbstverteidigung

Über die Entsendung hochrangiger und erfahrener Ausbilder der ETWO waren wir sehr erfreut. Als dann auch noch der Chef der EWTO, Großmeister Dr. Kernspecht, seine Teilnahme ankündigte, war das für unsere Arbeit als Organisatoren ein Ausdruck der Wertschät-



Scheingefecht zwischen Dr. Uwe Füllgrabe und Großmeister Dr. Kernspecht



142 Kilo reine Muskelmasse, der Referent der Military Police aus Bayern mit Antonio Pedron

zung und Anerkennung und für die Teilnehmer ein Referent mit hoher Persönlichkeit und Akzeptanz in der Welt des Budo-Sports.

Der praktische Teil des Seminars bestand aus fünf Themenbereichen:

- 1 Annäherung und Selbstschutz
- 1 Zugriff und Fixierung in der Bodenlage
- 1 Waffenhandling und Waffenschutz
- 1 Einsatz von Polizeischlagstöcken
- 1 Fixierung von Personen im Fahrzeug

Die Teilnehmer hatten durch ein Rotationsprinzip die Möglichkeit, während der drei Semintage an allen Themenbereichen teilzunehmen. Die Aufgabenstellungen waren sowohl inhaltlich als auch praktisch aufeinander abgestimmt. Die Anwesenden wurden von Großmeister Kernspecht und seinem Team in Anlehnung an die vier Blitzprogramme mit den Methoden der Selbstverteidigung vertraut gemacht. Darauf aufbauend, konnten sich die Teilnehmer beim Aspekt „Zugriff und Fixierung“ noch näher an die Person „herantasten“, um sie auch im Stand zu fixieren und letztendlich durch ein kontrolliertes „Zu-Boden-Bringen“ festzulegen. Die darauf folgenden, aufeinander abgestimmten Seminterteile stießen ebenfalls auf großes Interesse. Die Einblicke waren der Auslöser eines Umdenkens oder auch einer Horizonterweiterung des eigenen Repertoires.

Rahmenprogramm

Das kleine Saarland war an diesem Wochenende ganz groß. Unter dem Motto

„Zu Gast bei der GdP im Saarland“ beeindruckten die vielen Helfer der JUNGE GRUPPE SAAR. Die Gastfreundschaft und das Programm sollten den Kolleg/innen positiv in Erinnerung bleiben. Zu erwähnen wäre zum einen das super vorbereitete Public Viewing in der Halle anlässlich der Fußball EM am Freitag und Samstag, zum anderen die kostenlose Versorgung mit ca. 900 Flaschen Wasser, Obst, Mülli-Riegel und Kaffee während des Seminars. Der Höhepunkt war das

war es auch, kostengünstig das Seminar anzubieten und ein Signal zu setzen, so dass der „Überschuss“ an die saarländische Polizeistiftung im Namen aller Beteiligten gespendet wird. Wir werden hierzu nachberichten.

Mein außerordentlicher Dank gilt der EWTO für die unbürokratische Bereitschaft und den professionellen Umgang, uns zu unterstützen, unseren Sponsoren, allen Helfern, den Medien für das rege Interesse und vor allem dem Haustechniker der Joachim-Deckarm-Halle, Stefan Schmeer, für seine unermüdlige Unterstützung. AP/VM



Einige Teilnehmer aus Hessen

großartige Signal-Iduna (PVAG) Abendbuffet am Samstagabend. Aufgrund des Sponsorings war es zudem möglich, dass alle Teilnehmer und Referenten während des gesamten Seminars mit warmen Mahlzeiten versorgt wurden und zum Abschluss ein Seminar-T-Shirt erhielten. Durch Polizeiversicherung/PVAG (Signal Iduna), Sparda-Bank Saarland, Polas Frankfurt, Toto Lotto Saarland, Kart-Bundes-Liga, Shipley's Wear, Bruchbrauerei und Lara's Craftdesign war es möglich, die Kosten für die Teilnehmer gering zu halten. Ziel



„Früh übt sich, was ein Meister werden will“, heißt es in einem Sprichwort. Man könnte auch sagen „Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will“. Ob das der kleine Max schon weiß, ist fraglich, auch ob er in die Fußstapfen seines Vaters oder Großvaters treten wird. Beide sind oder waren Polizeibeamte. Die Polizeimütze gefällt ihm auf jeden Fall schon. mw



Nicht einfach, Straftäter in einem Fahrzeug zu überwältigen

DuZ-Zulage auf 5 Euro erhöhen

Schicht- und Wechseldienst attraktiver machen

Die Attraktivität (wenn ich das so überhaupt so nennen darf) des Schicht- und Wechseldienstes hat mittlerweile viel an Boden verloren. Die Einführung der 5. Dienstgruppe hat vor vielen Jahren Hoffnungen geweckt, die eine planbarere Freizeit in Verbindung mit einer flexibleren Dienstplanung möglich machen sollte. Dass diese Flexibilität dann recht schnell durch die verordnete 42-Stunden-Woche eingeholt wurde, ist allen bewusst. Aber auch die vielen anderen knallharten Einschnitte beim Personal, bei nicht besetzten Stellen, stark steigenden eingeschränkt Dienstfähigen und vieles mehr sind tagtäglich zu spüren.

Nun wurde die personelle Stärke der hessischen Polizei auf 13.764 Menschen im Vollzugsdienst gedeckelt. Wir kämpfen aber immer noch mit einer unmenschlichen 42-Stundenwoche. Die Schlagzahlen im täglichen Dienst, eine stetig steigende Anzahl von Einsätzen und auch die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizist/innen nehmen bedenkliche Auswüchse an. Die Wertschätzung der Kolleg/innen bleibt auf der Strecke. Ein „Höhepunkt“ der Wertschätzung für die Arbeit im Sinne der Gewährleistung der Sicherheit in unserem Lande waren dann die Gedanken zu heftigen Kürzungen bei der Beihilfe. Dies konnte die GdP mit viel Druck verhindern.

Mehr Geld für DuZ

Nun zurück zu meinen Eingangsworten. Eine Attraktivität (gerade unter den beschriebenen Umständen) für den Schicht- und Wechseldienst zu schaffen, ist nahezu unmöglich. Aber was kann denn getan werden, um den Dienst zu den „ungünstigen Zeiten“ einigermaßen angepasst zu entlohnen? Zumindest darf doch jeder Betroffene den Anspruch haben, an den sehr geringen Steigerungen der DuZ-Sätze der vergangenen Jahre in der Erschwerniszulagen-Verordnung (Bund) teilzuhaben. An dieser Stelle darf einmal verdeutlicht werden, was dies überhaupt bedeutet. Die

Ausgleichszahlung für Nachtstunden an Sonntagen, Feiertagen usw. betrug im Jahr 2001 ganze 5 DM. Ab Januar 2002 (Euro-Einführung) 2,61 Euro. Weitere „Steigerungen“ waren dann im April 2004/2,72 Euro, im März 2009/2,80 Euro, im März 2010/2,83 Euro, im April 2011/2,87 Euro und im Januar 2012/2,92 Euro bis aktuell 2,94 Euro. Der DuZ-Satz für die Nachtstunden an Wochentagen (20 bis 6 Uhr) betrug im Jahre 2002 1,28 Euro und liegt aktuell bei 1,39 Euro. Die Samstagsstunden vernachlässige ich an dieser Stelle. Hessische Polizist/innen werden hängen gelassen.

Jeder kann feststellen, dass hier etwas nicht mit der Realität übereinstimmt. Wer sich die Besoldungsnachweise anschaut und seine Nachverrechnungen der Vormonate (Seite 2 des Besoldungsnachweises) überprüft, wird schnell feststellen, dass die DuZ-Sätze im Jahre 2006 hängen geblieben sind.

Bereits im Vorspann habe ich kurz geschildert, woran dies liegt, ich möchte es aber hier noch einmal wiederholen. Seit der Föderalismusreform (2006) hat Hessen die Möglichkeit, bei der Besoldung eigenes Recht zu schaffen. Also hätte man auch seit diesem Zeitpunkt die DuZ-Sätze anpassen können. Man hätte es auch machen können wie die bayerische Landesregierung, die seit dem 1. Januar 2011 eine eigene Zulagenverordnung geschaffen hat, bei der die DuZ-Sätze für die Nachtstunden an Wochentagen auf 2,56 Euro verdoppelt wurden.

GdP-Kampagne 5-Euro-DuZ und Forderungen an den Innenminister

Meine Einschätzung zu dieser Verhaltensweise ist eindeutig. Die hessische Landesregierung hat vehement den Föderalismus gefordert. Er wurde aber in der Art gelebt, dass man - sehr verklausuliert und versteckt - das Einfrieren der Erschwerniszulagen auf dem Stand 2006 in das Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts eingebaut

hat. So geht man nicht mit denen um, die nachts, an Wochenenden und Feiertagen ihre Köpfe hinhalten und sich zur Strafe auch noch einer immer größer werdenden Gewaltbereitschaft aussetzen müssen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Deshalb hat die GdP am 25. Juli 2012 den Innenminister angeschrieben. Wir haben ihm mitgeteilt, dass die Erschwerniszulage für den DuZ vollkommen unzureichend ist, eine Erhöhung sei bitter notwendig. Für die betroffenen Beamt/innen, die regelmäßig samstags, sonntags, feiertags und nachts Dienst verrichten, in ihrer Vollzugstätigkeit einem hohen Berufsrisiko ausgesetzt sind und große Verantwortung tragen, sind die gegenwärtigen Zulagen allenfalls Relikte aus der Vergangenheit und entsprechen keineswegs dem Charakter eines Ausgleichs für besonders belastende Dienste.

Nachvollziehbar ist deshalb auch die weiter sinkende Motivation der Betroffenen, die sich immer lauter und massiver über eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf beklagen. Sie müssen spontan immer wieder zum Dienst gerufen werden, um personelle Lücken zu schließen, die sich durch die geschilderte Problematik zwangsläufig ergeben. Nicht nur als Ausdruck einer besonderen Wertschätzung dieser hohen Belastungen, sondern auch als Personallenkungsmaßnahme ist es dringend erforderlich, einen finanziellen und gerechten Ausgleich zu schaffen und die Erschwerniszulage des Dienstes zu ungünstigen Zeiten zu erhöhen.

Peter Wittig



GdP-Urgestein feierte 90. Geburtstag

Odenwälder GdP-Kreisgruppenspitze gratulierte Heinrich Wolk

Am 13. August feierte der ehemalige Dienstgruppenleiter der Polizeistation Höchst, Polizeihauptmeister a. D. Heinrich Wolk, zu Hause in Breuberg – Hainstadt im Kreise seiner Familie seinen 90. Geburtstag. Viele Freunde, Bekannte und Nachbarn ließen es sich nicht nehmen „Heiner“, unter diesem Namen ist er bekannt, an diesem Tag zu gratulieren. Auch der Vorsitzende der Odenwälder Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Thomas Walther und sein Vertreter Bernd Hochstädter, machten Heinrich Wolk ihre Aufwartung und überbrachten ihm ein kleines Präsent. „Heiner“ ist seit weit über 50 Jahren Mitglied der GdP. Er hat seine Odenwälder Heimat nie verlas-



GdP-Kreisgruppenvorsitzender Thomas Walther (links) und sein Stellvertreter Bernd Hochstädter gratulieren Heinrich Wolk zum 90. Geburtstag. bh

sen. Er ist Mitglied in der SPD und war viele Jahre in Hainstadt kommunal- und parteipolitisch aktiv. Leider muss Heinrich Wolk altersbedingt seit geraumer Zeit auf seine geliebten Spaziergänge durch seine

Heimatgemeinde verzichten. Die Beine machen einfach nicht mehr mit. Wer allerdings persönlich mit ihm in Kontakt tritt, wird feststellen, dass er geistig noch absolut auf der Höhe ist. So erzählt er immer noch sehr gerne aus seiner aktiven Polizeiaufbahn, liest regelmäßig die Zeitung und ist so immer über das aktuelle Tagesgeschehen, insbesondere was in der Stadt Breuberg passiert, auf dem Laufenden. Die Odenwälder GdP wünscht Heinrich Wolk auf diesem Wege noch einmal alles Gute für seinen Lebensabend und noch einige möglichst beschwerdefreie Jahre im Kreise seiner Familie. bh

Dienstjubiläum im Personalratsbüro

Anke May seit 25 Jahren im Polizeidienst

Es war für Anke May selbstverständlich, dass die Urkunde zum 25jährigen Dienstjubiläum durch den Polizeivizepräsidenten Uwe Brunnengräber ausgehändigt werden sollte. Schließlich war er es auch, der sie im August 1987 beim Regierungspräsidium Darmstadt als Stenosekretärin eingestellt hatte. Schon bald danach stieß Anke May in einen bis dahin eher dem männlichen Geschlecht vorbehaltenen Tätigkeitsbereich vor. Sie absolvierte damals als einzige Frau erfolgreich den Schirrmeisterlehrgang und war anschließend als Fuhrparkverwalterin beim Regierungspräsidium eingesetzt.

Im Rahmen der Polizeiorganisationsreform 2001 wechselte die Ju-



PVP Uwe Brunnengräber überreicht Anke May die Urkunde zum 25jährigen Dienstjubiläum. tr

bilarin zum Polizeipräsidium Südhessen, zunächst in das Sachgebiet Fahrzeugwesen.

Anschließend folgten Tätigkeiten im Bereich der Liegenschaftsverwal-

tung, der Datenstation und der Fallanalyse. Seit September 2001 ist Anke May im Geschäftszimmer des Personalrates, so dass die Personalräte Antonio Pedron und Michael Schweikert der Jubilarin nicht nur in der Eigenschaft als Personalvertreter, sondern auch der geschätzten Mitarbeiterin die besten Glückwünsche überbrachten. Mitglied der GdP ist Anke May natürlich auch.

Es war sehr erheitend als PVP Brunnengräber im Beisein der stellvertretenden Frauenbeauftragten Peggy Rienow den dienstlichen Werdegang von Anke May Revue passieren ließ. In der geselligen Runde wurde so manche Anekdote aus 25 Dienstjahren wiedergegeben und es wurde sehr viel gelacht. MS

39 neue Polizeibeamt/innen für Südhessen

24 Kolleg/innen zu Beamten auf Lebenszeit ernannt

Am 1. August 2012 haben wir beim PP Südhessen ca. 130 Personalmaßnahmen vollzogen. Das PP SH hat 39 Absolventen der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) erhalten. Aus diesem Pool waren nur fünf von der Kripolabahn, die ausnahmslos alle nach

Darmstadt zur ZKI/RKI versetzt wurden. Die PD Odenwald bekam hingegen nur einen jungen Polizeikommissar, der bei der PSt. Erbach landete. Die meisten „Neuen“ sind bei den PD Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau gelandet.

Durch das Projekt 303, also 300 Polizeibeamt/innen in drei Jahren, wurden erstmals zu den normalen Besetzungen von Fehlstellen zusätzliche Beamt/inne verteilt. Insgesamt wurden sie wie folgt zugewiesen: 14 NH, 10 MH, 11 OH, 23 FFM, 9 WH, 13 SOH, 12 SH.



Gruppenfoto mit den „Neuen“ und den Lebzzeitbeamten/innen. tr

Innenminister Boris Rhein: „Diese 92 Polizistinnen und Polizisten erfüllen die hessische Sicherheitsstrategie immer weiter mit Leben. Wir verstärken seit Anfang des Jahres nicht nur die Bekämpfung von Schwerekriminalität, wie die Organisierte Kriminalität, sondern sorgen auch insbesondere dafür, dass immer mehr Polizisten gezielt spezielle Kriminalitätsfelder, beispielsweise Einbruchserien, Vandalismus oder den Drogenhandel bekämpfen. Nur so können wir sicherstellen, dass Hessen auch in den nächsten Jahren eines der sichersten Länder in Deutschland bleibt.“ (Quelle: Homepage HMdLU, Pressemeldung 15.08.2012)

Das ist nur ein Tropfen auf einem heißen Stein - aber besser als nichts. In den Vorüberlegungen war es klar, dass in SH bei 21 Dienststellen, nicht jeder davon profitieren würde. Man entschloss sich somit, die Operativen Einheiten, FKE zu stärken. Insgesamt wurden diese zwölf neuen Kolleg/innen wie folgt verteilt: 2x OK-Bereich, 2x FKE, 3x OPE GG, 1x OPE DA-DI, 4x PD DA-DI.

Mir persönlich würde es eher gefallen, wenn man Orientierungsstellen hätte und die kleinen Dienststellen auf eine Mindeststärke von 1:3/1:4 bringen würde. Es gibt Kommissariate die nach sechs Monaten knapp 1500 neue Vorgänge bearbeitet haben und das mit einer dünnen Personaldecke.

Von Ersuchen anderer Behörden und Rückfragen oder Rückläufen der Justiz aus abverfügt Vorgängen mal ganz abgesehen.

Weiterhin schreibt unser Innenminister:

„Für mich ist es ein erklärtes Ziel, die hessische Polizei fit für die Zukunft zu machen. Kriminalitätsbekämpfung findet mehr denn je auf der Straße statt. Deshalb ist unsere Sicherheitsstrategie auch darauf ausgerichtet den Dienst am Bürger zu verstärken und in der Öffentlichkeit mehr Präsenz zu zeigen“ (Quelle: Homepage HMdLU, Pressemeldung 15.08.2012).

Für uns als GdP ist es ein erklärtes Ziel, erträgliche Arbeitsbedingungen für unsere Kolleg/innen zu erreichen bzw. zu erhalten. Weiterhin ist für uns erklärtes Ziel, dass sich unser Einsatz als Wertschätzung in Sachen DuZ und Leihengeld widerspiegelt. Umso mehr war es eine Frechheit, die Beihilfeverordnung infrage zu stellen und von uns eine finanzielle Einbuße zu verlangen!

Die Begrüßung der Neuen auf eine ganz andere Art!

Der örtliche Personalrat hat bei PVB Brunnengraber angeregt, die Begrüßung einmal nicht nach Standard abzuhalten. Diese Anregung nahm er auf und setzte sie um. So gab es keine Standard Bestuhlung mehr aber dafür nett dekorierte Stehtische, die für eine aufgelockerte Atmosphäre sorgten. Der Personalrat kümmerte sich um Kaffee und Gebäck. Es gibt für mich nichts Schlimmeres als eine besondere Veranstaltung, bei der am leiblichen Wohl gespart wird.

Nicht Standard war auch, dass an diesem Tag alle Neuen begrüßt wurden, sowie 24 Kolleg/innen, die die Urkunde als Lebzzeitbeamte erhielten. Außerdem wurde in diesem Rahmen KD'in Françoise Stephan für ihr 25jähriges Dienstjubiläum geehrt.

Insgesamt war es eine sehr gute und gelungene Veranstaltung. Der erste Eindruck war positiv. Es gibt Tage im Polizeileben, die man nicht so schnell vergisst. Weiter so, Nachahmung erlaubt! AP

Neuer Getränkeautomat im PP Südhessen

Mit Initiative der südhessischen GdP hatten wir es geschafft, für die PSt Rüsselsheim einen Automatenhersteller zu finden, der uns einen Getränkeautomaten zur Verfügung stellt. Seit Anfang April 2011 steht der Automat probeweise im Aufenthaltsraum. Wenige Monate später folgte der zweite Automat, der beim 1. Revier in Darmstadt steht.

Der örtliche Personalrat hatte dann die Initiative ergriffen, für unser Präsidium ebenfalls einen Automaten zu organisieren. Aufgrund der Tatsache, dass dort ein Kanti-

nausschuss existiert, musste dieser natürlich eingebunden werden und sämtliche Verhandlungen liefen über den Kantinenbetreiber. Im Ergebnis freue ich mich, dass seit Mitte August im Raum 70, nahe der Poststelle, dieser Automat steht. Aus Eigensicherungsgründen werden keine Glasflaschen verkauft. In den Preisen ist das Pfand neuerdings mit einberechnet, so dass jetzt jeder die Flaschen mitnehmen darf. Die leeren Flaschen werden jedoch von unserer Kantine nicht entgegengenommen.

Die Getränkepreise befinden sich im vertretbaren Rahmen, günstiger als an der Tankstelle, minimal teurer als in der Kantine. ap

Geizige Menschen sind unangenehme Menschen – aber angenehme Vorfahren

Den polizeilichen Alltag kennen gelernt

Richterin Besold und Richter Wahl auf Streife in Rüsselsheim

Am 27. August befanden sich Richterin Besold und Richter Wahl vom Amtsgericht Rüsselsheim auf Streife mit der Rüsselsheimer Polizei. Richterin Besold ist seit knapp zwei Jahren Strafrichterin und Richter Wahl ist Richter am Zivilgericht. Beide tauschen noch in diesem Jahr das Ressort, so dass Richter Wahl der „neue“ Strafrichter des Amtsgerichts Rüsselsheim sein wird.

Gemeinsam Streife fahren

Anlass der gemeinsamen Streifenfahrt war, dass es aufgrund diverser Verfahren zu einem fachlichen, aber ausschließlich theoretischen Austausch kam. Durch unser GdP-Mitglied Timo Hipler wurde dieses Vorhaben angestoßen und als Dienstgruppenkollege war der Weg zur mir, respektive zur GdP und zum örtlichen Personalrat, nicht weit. Ich fand diese Idee außerordentlich gut. Ihr erinnert euch, dass wir in Rüsselsheim 2008 Jungpolitiker der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP mit auf Streife genommen haben, darunter auch Patrick Burghardt (CDU-MdL) und heutiger Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim, um den Polizeidienst aus realer Sicht zu erfahren. Bereits dort war nach wenigen Stunden klar, dass dies ein Erfolg sein wird. Nichts kann die Polizeiarbeit realistischer wiedergeben als eine Hospitation.

Die Dienstgruppe entschloss sich dazu, beide Richter mit auf Streife zu nehmen unter Vorbehalt der Zustimmung und Genehmigung der Dienstvorgesetzten. An dieser Stelle bedanken wir uns bei KD´in Stephan (PD-Leitung) und bei EPHK Dolle (PSt-Leiter) für das entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung.

Tätigkeitsnachweis

Nachdem beide Richter die Verschwiegenheitserklärung unterschrieben hatten, konnte es losgehen. Wenn wir an diesem Tag ein Drehbuch geschrieben hätten, dann wäre es nur halb so gut geworden. Der Tag begann mit viel Schreibearbeit, vier Vernehmungen,



Gemeinsam mit Richtern auf Streife, v.l., Janett Holzer, Antonio Pedron, Richter Wahl, Richterin Besold, Timo Hipler, Reimar Lissel. GdP/ap

davon ein Zeuge, zwei wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis und Körperverletzung. Die Vernehmung eines Beschuldigten machte deutlich, dass bereits bei der Polizei gelogen wird und wir uns mit Sachverhalten auseinander setzen müssen, die in der Papierakte so nicht ankommen, wie es sich zum Zeitpunkt der Vernehmung abgespielt hat. Auch die persönliche Erscheinung und das Auftreten des Beschuldigten bei der Polizei sind anders, als das vor Gericht, waren eine Erkenntnis an diesem Tag.

Polizei und Drogensucht

Währenddessen kam gegen 10 Uhr ein verzweifelter junger Verlobter zur Polizei und wollte seine Verlobte als vermisst melden. In diesem Zusammenhang sei von ihr über das zwischenzeitlich weltweit bekannte Internetportal „Facebook“ die Nachricht gepostet worden: „Bin auf ´ner Party, mir ist schwindelig. Ich glaube die haben mich mit K.O.-Tropfen abgefüllt“. Jeder von uns kann sich vorstellen, welche Maßnahmen nun ergriffen wurden. Wir gehen immer vom Ernstfall aus. Befragung des Verlobten, von Eltern, Geschwistern, Freundin, Abklärung Facebook Portal, Kontaktaufnahme. Wie ein Puzzle werden Teile zusammengesetzt, hierbei erhält man zwangsläufig Informationen über das Privatleben einer Familie mit all ihren Facetten.

Die Funkstreife war zweiundeinhalb Stunden gebunden und konnte dann den Sachverhalt aufklären bzw. die Sicherheit gewinnen, dass keine Straftat vorlag. Die 10 Zentimeter langen Schnittwunden am Oberarm der Verlobten waren mit Einwilligung erfolgt, als Andenken an die gemeinsam verbrachte Nacht - genau, nicht mit ihrem Verlobten! Die Nachricht auf Facebook war nur „Spaß“. Mit dem Verlobten hat es sich ausgelobt, der Drogenkonsum am Abend hat alles locker werden lassen, denn alles ist Scheiße. Es ist traurig, dass junge Menschen nicht in der Lage sind zu kommunizieren und für eine Trennung die Polizei mit einbinden müssen. Bei diesem Vorgang wurden auch Wohnungen aufgesucht, die unserer Klientel entsprechen. Messiwohnung eines BTM´lers, mit Topausstattung. Der Flat Screen darf nicht fehlen. Dass der „arbeitsuchende“ Wohnungsinhaber an einem Wochentag um 11 Uhr noch nicht wach war, kann sich jeder vorstellen. Dass der Steuerzahler die Wohnungsmiete zahlt, ist auch jedem klar. Gott sei Dank gelingt es uns, diese Fälle mit Abstand zu betrachten, sonst würden wir jegliche Neutralität verlieren. Für diesen Vorgang hätte ich die Vorgangsbezeichnung „Richter mit Funkstreife im Einsatz bei: Mitten im Leben auf RTL-2-Niveau in Rüsselsheim“ gewählt.

Zwangsweise Durchsuchung

Bei einer anderen Kontrolle weigerte sich eine Person, sich durchsuchen zu lassen. Die Anweisungen wollten nicht befolgt werden, so dass es zur Zwangsanwendung kam. Der Tonfall gegenüber den Uniformträgern war unhöflich, frech und provokativ. Im Grunde so, wie man sich vor Gericht als Angeklagter nie verhalten würde. Nur gut, dass Richter auch so etwas Mal hautnah miterleben. Aus so einer Bedrohung, wie wir alle wissen, kann eine lebensgefährliche Situation entstehen. Dann muss sofort, binnen weniger Sekunden eine Reaktion erfolgen. Die Fragen nach der Verhältnismäßigkeit, Geeignetheit, Erforderlichkeit und dem mildesten Mittel werden später, wenn auch von der Justiz, abschließend

geprüft und bewertet. Auch diese Maßnahme hat 30 Minuten gedauert.

Den Alltag kennen gelernt

Das war nur ein Ausschnitt der Aufträge und Vorgänge an diesem Tag. Die Mittagspause erfolgte für einen der beiden Richter gegen 15 Uhr. Die Schutzweste am Körper war den Richtern ein ungewohnter Ballast. 30 Grad Hitze erschwerte die Arbeitsbedingungen und gegen 16 Uhr war der biologische Tiefpunkt erreicht. Ein Wassereis sorgte kurzzeitig für Abkühlung. Kurz vor Dienstende lief noch ein Einbruchsmelder auf. Der pünktliche Feierabend für die Richter fiel somit aus.

Angenehm war, dass man sich auf beiden Seiten austauschen und den Arbeitsalltag der Polizei mit all

seinen Schwierigkeiten verdeutlichen konnte. Es gab auch die Gelegenheit, Brennpunkte zu zeigen. Das ist insbesondere für ortsfremde Richter von Bedeutung. Wir kennen alle die persönliche Zustellung einer Gerichtsladung in einem Wohnhaus mit 30 Parteien, mit Briefkästen, davon eine Vielzahl ohne Namensschilder. Auch der volle Schreibtisch eines Sachbearbeiters einer DEG/eines Kommissariats hilft, Einblicke zu gewinnen. Solche Erfahrungswerte sind meines Erachtens unbezahlbar und sehr wichtig. Ich empfehle jedem so eine Hospitation für seinen Zuständigkeitsbereich zu organisieren. Wer hierzu Hilfestellung benötigt, kann mich gerne ansprechen.

Antonio Pedron

Fußballer des PP SH kicken für einen guten Zweck



Das Polizei-Team, hinten, v.l., Holger Claus, Christian Gunkel, Felix Schwarzer, Patrick Niebler, vorne, Jörn Metzler, Thomas König, Marc Rothe. Ap

Mitte August kicken zwölf Fußballmannschaften auf dem Gelände des KSV Urberach für einen guten Zweck. Es war die vierte Veranstaltung dieser Art und sie kam einem zwölfjährigen Mädchen zu Gute das 2010 an Knochenkrebs erkrankt war. Veranstalter waren Ralf Jünger und der KSV Urberach. Die Schirmherrschaft wurde übernommen von Dieter Müller, Präsident Kickers Offenbach. Der Cheftrainer der Südhessenauswahl, POK Holger Claus (2. Rev.), konnte sofort für diese Idee gewonnen werden.

Der Dienstunfallschutz wurde in vorbildlicher Weise gewährt. So dass folgende Mannschaft auf dem Platz den Polizeifußball repräsentierte: Thomas König (PSt. LA-VI), Marc Rothe (PSt. HP), Christian Gunkel (PSt. GG), Felix Schwarzer (PAST Südhessen), Jörn Metzler (PSt. LA-VI), Patrick Niebler (PAST Südhessen), Holger Claus (2. Revier).

Vierten Platz erreicht

In der Gruppenrunde erspielte sie zwei Siege und vier Unentschieden. In diesen Spielen hatten die sieben

Kollegen eine Vielzahl von Torchancen. Es war alles dabei, flache Schüsse, weite Schüsse, aus der Ferne, von Nahem. Es war einfach sehr schön mitanzusehen. Technisch gesehen waren unsere Kollegen sehr gut dabei und weit vorne, aber manchmal fehlte einfach das Quäntchen Glück. Aus der Mannschaft schoss jeder auf das Tor. Sogar ein fliegender Kopfball von Patrick Niebler brachte das Team Uwe Schulz durcheinander. Durch Ihre Leistung sicherten sie sich die Teilnahme am kleinen Finale. Die Polizisten spielten gegen das Team Grimm aus Dieburg und lagen 0:2 zurück. Anschließend holten sie gekonnt auf. Mit Torschüssen von Marc Rothe und Felix Schwarzer konnte das Polizei-Team aufholen. Leider war die Zeit vorbei, so dass es zum Elfmeterschießen kam.

Dabei unterlag die Polizei mit 2:4 und wurde Vierter des Turniers. Sieger wurde die Mannschaft Team Schulz, die in der Vorrunde vom PP-Team 3:2 besiegt worden war. So kann es manchmal laufen. Unter der Homepage „hilfe-fuer-ayleen.de“ findet ihr mehr Informationen. Die Mitglieder der GdP unterstützten diese Aktion mit der Bezahlung des Startgeldes in Form einer Spende in Höhe von 150 Euro.

Ap

Wer will mit nach Panama?

Reiseangebot der GdP vom 4. bis 15. März 2013

Programm:

- 4.3.:** Flug mit Condor, via Santo Domingo, nach Panama.
- 5.3.:** Begrüßung durch die Reiseleitung, Fahrt Hotel Country and Suites Amador.
- 6.3.:** Stadtrundfahrt Panama, Alt- und Neustadt, Besichtigung der Schiffshebeanlage Miraflores am Panama-Kanal
- 7.3.:** Wanderung im Nationalpark Soberania, Tropenflora, verschiedene Tiere, Bootsfahrt auf dem Gatun-See (Krokodile, Schildkröten, Tukane, Faultiere) zur Affeninsel. Fahrt nach Colon, Hotel Melia Panama Canal.
- 8.3.:** Besichtigung der Ruinenanlagen im Hafen von San Lorenzo im tropischen Urwald. Fahrt mit historischer Eisenbahn entlang des Panama-Kanals durch Dschungelgebiete. Hotel Country Inn & Suites Amador.
- 9.3.:** Teildurchquerung des Panama Kanals mit Passage durch die Pedro Miguel- und Miraflores-Schleusen, Informationen über den Kanal, Mittagessen auf dem Schiff. Hotel Country Inn & Suites Amador.
- 10.3.:** Fahrt nach Curutu. Mit kleinen Einbaum-Booten auf dem Rio Changres durch eine Urwaldkulisse zum Dorf der Embara-Indianer, Kennenlernen der Traditionen und Lebensweise der Indianer, Mittagessen. Hotel Country Inn & Suites Amador.
- 11.3.:** Vormittags zur freien Verfügung. Fahrt zum Badeurlaub, All-Inclusive-Hotel Sheraton Bijao Beach Resort.
- 12. – 14.3.:** Badeurlaub
- 15.3.:** Transfer zum Flughafen Panama City, Flug nach Frankfurt.
- 16.3.:** Frühmorgens Ankunft in Frankfurt.

Leistungen:

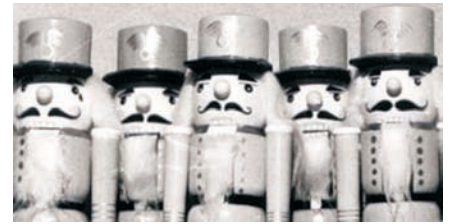
Reisepreis pro Person: 2485 Euro, Einzelzimmerzuschlag 595 Euro
Charterflüge mit Condor, incl. Steuern und Gebühren. Fahrt auf dem Panama-Kanal.
Sitzplatzreservierung 15 Euro, Premium Economy Class für Hin- und Rückflug 350 Euro, Comfort Class 1100 Euro.
Hotelübernachtungen DZ mit Frühstück. Im Strandhotel All Inclusive.
Deutsch sprechende Reiseleitung, GdP-Reiseleitung, örtliche Steuern und Abgaben.

Nicht eingeschlossen sind:

Trinkgelder für Reiseleitung/Busfahrer, Gebühren für Gepäckträger, Reiseversicherungen.

Weitere Informationen und Anmeldungen: Norbert Weinbach, Lindenstr. 7, 64653 Lorsch, E-Mail: norbert.weinbach@online.de

Rätsel



Die Präsentation

Bernd Meier hat nach seinem Studium eine kleine Werbeagentur eröffnet. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten kann er auch seinen ersten Auftrag ergattern: Er soll für eine Drogeriekette ein Werbekonzept für ein frisch entwickeltes Haarwuchsmittel ausarbeiten. Nach mühsamer Arbeit hat Bernd sein Konzept fertig. Zur Präsentation hat sein Auftraggeber alle Filialleiter der einzelnen Drogerien eingeladen. Zunächst treffen sich alle Filialleiter im Foyer des Hotels, in dem die Präsentation stattfinden soll. An zehn Tischen, die dort stehen, sitzen jeweils gleich viele Filialleiter, an einem elften Tisch dagegen acht. Nervös schaut sich Bernd die Menge der Filialleiter an, die er überzeugen soll und stellt fest, dass es mehr als 100 sind, die aus ganz Deutschland angereist sind.

Nach dem Aperitif gehen alle Filialleiter in einen Tagesraum, in dem die eigentliche Präsentation stattfinden soll. Alle setzen sich, und als Bernd sich nervös auf dem Podium aufbaut, um sein Werbekonzept für das neue Haarwuchsmittel vorzustellen, erkennt er: An den 16 Tischen des Tagungsraumes sitzen jeweils gleich viele Filialleiter. Wie viele Filialleiter muss Bernd insgesamt von seinem Konzept überzeugen?

Lösung

Zu Beginn der Tagung im Foyer, saßen an 10 Tischen jeweils 12 und an einem Tisch 8 Filialleiter. Im Tagungsraum saßen dann an 16 Tischen je 8 Personen. Insgesamt musste Bernd also 128 Filialleiter von seinem neuen Werbekonzept überzeugen.
HeRo

Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte

Eine Bestandsaufnahme und Anregung zur Weiterentwicklung der Seniorenarbeit in der GdP Hessen

Seit einigen Jahren wird in der hessischen GdP auf allen Organisationsebenen mehr oder weniger gute Seniorenarbeit gemacht. Das geht von den Seniorenvertretern in den Kreisgruppen über die Seniorenvertreter in den Bezirksgruppen bis hin zum Landesseniorenvorstand. Es gibt mit Andreas Grün (Mittelhessen) sogar einen Seniorenbeauftragten im geschäftsführenden Landesvorstand (GLBV). In einigen Bereich funktioniert die Arbeit recht gut, weil auch die Zusammenarbeit mit den KG-Vorständen gut funktioniert. Hin und wieder kann man in unseren Publikationen auch etwas von der Arbeit der Senioren lesen. Meist geht das aber nicht über Reisen, Sommerfest, Vorträge, Weihnachtsfeiern und Ehrungen hinaus. Man kann auch den Eindruck gewinnen, dass es im Landesseniorenvorstand nicht viel besser läuft. Doch dort wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Seniorenarbeit nur funktioniert, wenn auf der KG-Ebene die Arbeit funktioniert.

Weiterentwicklung der Seniorenarbeit

Nun hat Harald Dobrindt, Seniorenvertreter von Mittelhessen und langjähriges Mitglied im GLBV, hat nun ein Papier entwickelt als eine Art „Bestandsaufnahme und Anregung zu einer Weiterentwicklung der Seniorenarbeit in der GdP“, getreu dem Motto: „Nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte“. Das geht aber nur, wenn die Senioren auf allen Ebenen mitwirken, Ideen einbringen, sich aktiv beteiligen. Das mehrseitige Papier von Harald Dobrindt kann hier nicht abgedruckt werden. Es wurde dem GdP-Landesvorstand zugeleitet. Hier aber soll einen Zusammenfassung dafür sorgen, dass sich möglichst alle Senioren mit der Thematik der Gewerkschaftsarbeit im Alter befassen.

Mitgliederzahlen

Zunächst einmal sei darauf hingewiesen, dass etwa 20 Prozent al-

ler GdP-Mitglieder dem Bereich der Senioren angehören. In Hessen zahlen Senioren in etwa pro Monat 23.500 Euro in die Landeskasse. Auf Bundesebene werden pro Jahr rund 3,5 Millionen Euro Seniorenbeiträge einkassiert. Das ist ein wirtschaftlicher Faktor, den jeder Kassierer einsehen müsste. Zwar zahlen Senioren (Pensionäre/Rentner) mit Eintritt einen reduzierten Beitrag, sie zahlen ihn aber aus den Einkünften des höchsten erreichten Dienstgrads. Wenn wir bei Politikern und in der Öffentlichkeit mit hohen Mitgliederzahlen argumentieren, werden auch die Senior/innen mit eingerechnet. Nur durch hohe Mitgliederzahlen wird die GdP zum Sprachrohr der Polizei. Nicht vergessen dürfen wir, dass es immer schwieriger wird für die Beschäftigten, dienstfrei zu bekommen für Aktionen der GdP. Zeit zur Teilnahme an Aktionen haben aber die Senior/innen. Das gilt auch für Versammlungen in den Kreisgruppen. Ohne die Senior/innen wäre manche Aktivität wirkungslos.

Mitgliederzahl der Senior/innen steigt

Auch in den kommenden Jahren wird ein Großteil der Polizeibeschäftigten mit etwa 60 Jahren in den Ruhestand gehen (Angestellte mit 65/67). Bei einer Lebenserwartung von 80 Jahren ergibt sich eine weitere Mitgliedschaft in der GdP von 20 Jahren. Deshalb muss die GdP versuchen, die Senior/innen zu halten. Es ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich, Mitglied einer Religionsgemeinschaft, Partei oder Gewerkschaft zu sein. Das gilt auch für die Polizeisenioren. Wer als Pensionär/Rentner weniger verdient, überlegt schon, wo er sparen kann. Junge Menschen für den Polizeidienst zu gewinnen, ist eine schöne Sache. Wenn wir aber erkennen, dass der Anteil der Senior/innen auf bis zu 30 Prozent anwachsen wird, dann ist das ein nicht zu verachtendes wirtschaftliches Potential für die GdP. Da stellt sich nämlich auch die

Frage: „Welche Leistungen erbringt die GdP noch für Senior/innen“?

Leistungen entfallen

Betrachtet man sich die Leistungen der GdP Hessen im Internet (Schwerpunktprogramm), so fällt auf, dass die nicht für Senior/innen gelten, auch wenn alle Punkte gut und wichtig sind. Kostenintensive Leistungen wie Rechtsschutz- oder Regressversicherung haben kaum Bedeutung für Senior/innen. Schwerpunkte wie Personalratswahlen, Gestaltung des Arbeitsplatzes, Ausrüstung, Arbeitszeit sind für Senior/innen nicht mehr relevant. Einsatzbetreuung ist wichtig, im Regelfall aber nicht für Senior/innen, auch wenn die sich dort immer wieder einklinken. In der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ kann man nach der Föderalismusreform über Tarifverhandlungen, Digitalfunk, Auslandseinsätze oder Castortransporte lesen, nur selten etwas über Senioren. Festzustellen ist, dass der überwiegende Teil der GdP-Aktivitäten Senior/innen nicht betrifft.

Unterschiede bei den Personengruppen

Wer Seniorenarbeit macht, kümmert sich natürlich um ältere Mitglieder. Ihm geht es nicht darum, die Bedeutung von Junge Gruppe und Frauengruppe in Frage zu stellen. Es gibt aber einen Unterschied der Personengruppe Senioren zu den beiden anderen Gruppen. Wenn festgestellt wurde, dass für Senioren viele Leistungen entfallen, so gilt das nicht für Frauengruppe und Junge Gruppe. Für die gibt es noch Extraleistungen wie Frauenförderplan, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildungsrichtlinien und spezielle Seminare und Veranstaltungen. Senior/innen haben eigene Bedürfnisse. Ein Großteil der gewerkschaftlichen Arbeit ist für sie nicht mehr relevant. Die Jungen von heute sollten aber nicht vergessen, dass sie die Alten von morgen sind. Was heute für die „Alten“ gesät wird, werden auch die „Jungen“ morgen ernten. Junge Leute und Frauen

werden in viele gewerkschaftliche Gremien gewählt. Für Senior/innen trifft das nicht zu. Wir sehen, dass sich die Zielgruppe der Senior/innen deutlich von den anderen Gruppen unterscheidet. Deshalb sind die Personengruppen untereinander nicht vergleichbar.

Strukturen im Seniorenbereich

Es gibt Kreisgruppen mit und ohne Seniorenvertreter. Einige Vertreter entwickeln Aktivitäten, andere sind nur vorhanden. Frankfurt hat eine eigene KG Senioren mit eigenem Budget. Große KG in zentraler Lage haben eher die Möglichkeit für Seniorenveranstaltungen, kleine KG kaum, weil die Mitglieder zu weit verstreut wohnen. Alle BZG haben einen Seniorenvertreter, Westhessen hat sogar einen Seniorenvorstand. Nur teilweise gibt es Sitzungen mit Senioren und KG-Vertretern. Von Veranstaltungen der Senioren mehrmals im Jahr bis zu Null-Veranstaltungen reicht die Palette. Wer außerhalb der KG oder BZG seinen Wohnsitz hat, scheut oft weite Fahrten zu Veranstaltungen. In verschiedenen Bereichen existieren Polizei-Pensionärs-Vereinigungen, unabhängig von der GdP, auch wenn sie meist GdP-dominiert sind. Diese Vereinigungen pflegen die Geselligkeit. Wir sehen, dass es in Hessen völlig unterschiedliche Strukturen/Aktivitäten im Seniorenbereich gibt.

Bedürfnisse

Das Thema Alterssicherung steht ganz oben auf der Agenda der Senior/innen. Um den gewohnten Lebensstil beibehalten zu können, braucht es eine finanzielle Absicherung. Mit „demographische Entwicklung und Generationengerechtigkeit“ gab es in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte bei Pensionen und Renten. Lobbyisten preisen private Vorsorge an auch wenn viele Menschen nicht das Geld dazu haben, auch wenn Pensionäre/Rentner heute keine Vorsorge mehr leisten können. Es geht nur darum, Versicherungen und anderen Organisationen Geschäfte zu ermöglichen und den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Bei den Renten ist der DGB in der Pflicht, unterstützt von der GdP.



Harald Dobrindt, Seniorenvertreter von Mittelhessen, hat sich Gedanken gemacht über die Seniorenarbeit der GdP nw

Bei Pensionär/innen (Versorgungsempfänger) wird zwar immer die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse gefordert, die Realität sieht aber anders aus. Wenn Einmalzahlungen gestrichen oder Sonderzahlungen für Pensionär/innen gekürzt werden, hält sich der Protest der GdP in Grenzen. Gibt es aber Streichungen für Aktive, steigt die GdP viel intensiver ein.

Themen für Senioren/Rentner sind bezahlbare Krankenversicherungen, Pflegeversicherung, ärztliche Versorgung, altengerechte Wohnmöglichkeiten, Pflegeheime, Pflegedienste und auch die Beihilfe. Das „Aktiv-Programm für Senioren (APS) ist eine gute Sache. Hier können sich Senior/innen informieren, ebenso wie in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ und im „Polizei-Report“, der mehr regional ausgerichtet ist. Themen wie Patientenverfügung und Erbrecht spielen eine große Rolle (sie sollten es auch für junge Menschen sein). Zukünftig werden sich Senior/innen auch über das Internet informieren. „Schwarze (oder grüne) Bretter stehen ihnen nicht mehr zur Verfügung. Auch spezielle Seminare für Senioren dienen dem Informationsbedürfnis. Die Pflege der Geselligkeit gehört ebenso zum Seniorenprogramm. Diese gewerk-

schaftlichen Themenfelder zeigen, dass es auch nach dem Ruhestand noch wichtig ist, Mitglied der GdP zu sein. Senior/innen sind mehr als nur Sponsoren der GdP.

Vertretung von Senioren in Gremien der GdP

Es ist zwingend erforderlich, dass sich Senior/innen auch in der GdP selbst vertreten. Dazu gehören auch Mitglieder in den KG- und BZG-Vorständen. Im Landesvorstand ist nur der Landesseniorenvorsitzende vertreten. Im GLBV gibt es keinen Seniorenvertreter. Diese Funktion nimmt Andreas Grün wahr. Bezirksgruppen entsenden, je nach Stärke, weitere Mitglieder in den LBV. Da werden u.a. Tarifbeschäftigte berücksichtigt, Junge Gruppe, Frauengruppe – Senioren sind außen vor. Gemessen an der Zahl 20 Prozent Senioren-Mitglieder müssten in den Landesgremien mehr ältere Mitglieder vertreten sein. Ein Antrag des Landesseniorenvorstands, hier eine Verbesserung herbeizuführen, ist zunächst negativ beschieden worden. Es müsste möglich sein, Senior/innen besser zu beteiligen. Das gilt auch für die Vertretung der Senioren in der Beiratssitzung, den Bezirks- und Landesdelegiertentagen und beim Bundeskongress. Senior/innen sind überall unterrepräsentiert. Wenn künftig die Delegiertenzahlen noch verringert werden, wird sich dies insbesondere auf die Senior/innen auswirken. Im DGB-Vorstand (Bund und Hessen-Thüringen) sind keine Senior/innen vertreten.

Wenn nach dem Ruhestand Vereine und Organisationen die Senior/innen fragen, ob sie nicht einen Vorstandsposten übernehmen wollten, erhebt sich die Frage, warum dies die GdP nicht macht. Die Resource Senior wird in der GdP nicht genutzt.

Vorschläge für die Seniorenarbeit

Es sollte ein Programm erstellt werden zur Berechnung künftiger Ruhestandsbezüge. Die Geschäftsstelle in Wiesbaden sollte darüber Auskunft geben, aber nur für Mitglieder.

Wir brauchen ein sehr gut finanziertes dreitägiges Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Es sollte von guter Qualität sein.

Die Landes-GdP sollte sich vehement einsetzen gegen Einschnitte bei Versorgungsbezügen.

GdP und DGB sollten sich verstärkt für eine menschenwürdige Rente einsetzen.

Notwendig erscheint die Einrichtung einer Abfragestelle (Telefon, Mail) für Senioren in der GdP-Geschäftsstelle, um möglichst schnell kompetente Antworten zu bekommen. Diese Nummern müs-

sen von Zeit zu Zeit im „Polizei-Report“ und in „Deutsche Polizei“ veröffentlicht werden.

Es muss aktuelle Informationen für Senior/innen geben im Internet oder über Mailverteiler.

Seniorenveranstaltungen sollten bezirksübergreifend organisiert werden.

Es sollte ein Jahres-Veranstaltungskalender erstellt werden.

GdP-Veranstaltungen gibt es nur für Mitglieder.

Notwendig ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung für die Se-

niorenarbeit. Merke: Beim Geld hört die Freundschaft nicht auf – da fängt sie an“!

Schlussbemerkung

Auch wenn man in einem solchen Diskussionspapier nicht alle Gesichtspunkte ansprechen kann, man einiges offen lassen muss, ist viel gewonnen, wenn einige Denkmuster verlassen werden, wenn über eine zukünftige Arbeit für Senior/innen nachgedacht wird. Notwendig ist es, die Seniorenarbeit einmal generell in den gewerkschaftlichen Gremien zu diskutieren.

Harald Dobrindt/Norbert Weinbach

GdP-Senioren wollen mehr Rechte

Position der Senioren beim „Süddeutsches Treffen“ erörtert

Sowohl im Grundsatzprogramm als auch in der GdP-Satzung sollte die Position und Bedeutung der Senioren besser verankert werden, war eine der Forderungen beim „Süddeutschen Treffen“ der GdP-Senioren im Juni in Tann in der Rhön. Hessen hatte dieses Treffen in diesem Jahr ausgerichtet. Gekommen waren Vertreter der Länder/Bezirke Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bundeskriminalamt und Sachsen. Die Vertreter Thüringens hatten sich entschuldigt. Aus Hessen nahmen die Landesvorstandsmitglieder Gerhard Lehmann, Hermann Müller, Harald Dobrindt und Norbert Weinbach teil. Getagt wurde im Gasthaus „Krone“, dessen Wirt wegen seiner Gastfreundschaft und seines guten und reichhaltigen Essens besonders gelobt wurde. Über das Städtchen Tann, von Mönchen gegründet und erstmals erwähnt als Siedlung „Thonn“, wurde im Jahr 1197 erstmals urkundlich als Stadt erwähnt. Um diese Zeit haben auch die Freiherren von der Tann ihre erste Burg erbaut. Ihre Geschichte prägt noch heute dieses romantische Städtchen in der Rhön, einem beliebten Ausflugsziel im Ulstertal im Naturpark Rhön. Das und noch einiges andere mehr erfuhren die GdP-Senioren bei einem Rundgang durch die Stadt von Stadtführer Albert Zörgiebel. Er zeigte ihnen auch die Stadtkirche, das heutige Schloss



Unter dem Standbild des Freiherrn Eberhard von der Tann posierten die Teilnehmer des „Süddeutschen Treffens“ der GdP-Senioren. nw

und das Heimatmuseum. Ein Ausflug zum „Point Alpha“ (östlichster vorgeschobener Punkt der NATO) an der ehemaligen Zonengrenze passte zeitlich nicht ins Programm. Hermann Müller informierte die Teilnehmer des Treffens aber über die Bedeutung dieses einst strategisch wichtigen Punktes und über das dortige Museum. Nach dem Treffen in Tann führte er einige der Senioren noch durch das Museum.

Satzungskongress 2013 fällt aus

Der Wegfall von Personengruppen und Fachausschüssen, die Reduzierung der Delegiertenzahlen für den Bundeskongress und die vorgesehene Verlängerung der Legislaturperiode waren einige der Punkte, die laut Bundesvorstand der GdP in der Satzung geändert werden sollten. Das könne nach Mei-

nung der süddeutschen GdP-Senioren nur schwer akzeptiert werden. Die Zahl der Delegierten solle von 250 auf 170 gekürzt werden. Man könne auch, so die Senioren, die Zahl abhängig machen von der jeweiligen Mitgliederzahl der Landesverbände. Mit der Reduzierung der Delegiertenzahlen sollten wohl kleine Landesbezirke geschwächt, große aber gestärkt werden, war das Ergebnis der Diskussion. Skeptisch sahen die Senioren diese Änderungen, weil es scheinbar nur ums Geld gehe. Das dürfe eigentlich nicht sein. Es erwecke den Eindruck, dass die gewerkschaftliche Arbeit eingeschränkt werden solle. Die Frage tauchte auf, ob man die Personengruppe der Senioren, deren Zahl immer zunehme, schwächen wolle. Da abzusehen war, dass es für diese Satzungsänderungen keine Zweidrittelmehrheit geben werde (JUNGE GRUPPE und Frauengruppe wollen nicht zustimmen), wurde der für 2013 vorgesehene Satzungskongress in Fulda abgesagt. Der bisherige Satzungsentwurf solle noch einmal überarbeitet werden. Die Senioren stellten fest, dass die GdP aufgrund ihrer Mitgliederstärke im DGB zwar eine „kleine“ Gewerkschaft sei, dass sie aber gesellschaftspolitisch eine große Außenwirkung habe.

Die süddeutschen Senioren stellten auch die Frage, ob sie als Personengruppe nicht eine besondere

Stellung in der GdP haben sollten. JUNGE GRUPPE und Frauengruppe seien im Lager der Aktiven verankert und würden dort vertreten. Bei den Senioren sei dies nicht der Fall. Deshalb wäre es zu überlegen, ob man in den jeweiligen geschäftsführenden Landes-/Bezirksvorständen und im GBV nicht einen stimmberechtigten Vertreter haben könne. Im Saarland und in Rheinland Pfalz gebe es dort einen Seniorenvertreter.

Mitgliederentwicklung positiv

Das Thema „Mitgliederentwicklung“ nahm einen breiten Diskussionsraum ein. In Sachsen gebe es wenige Austritte bei den Senioren. Man habe die Seniorenarbeit auf Kreisgruppenebene verbessert. Bei Neueinstellung verzeichne die GdP ein Mitgliederzuwachs von 80 bis 90 Prozent. Beim BKA habe man mit Austritten wenig zu tun, lediglich mit Sterbefällen und auch mit Betreuungsfällen, berichtete Winfried Wahlig. Wohl aufgrund der neuen grün-roten Regierung habe die GdP in Baden-Württemberg wieder an Bedeutung gewonnen, war der Eindruck von Werner Fischer. Jetzt verzeichne man wieder 70 bis 80 Prozent bei den Polizeianwärtern. Die Austritte von Senioren seien zurückgegangen, wohl auch aufgrund einer verbesserten Seniorenarbeit. Die Frage laute meistens: „Warum brauche ich die GdP noch nach der Pensionierung, in der Rente“?

Von einer guten Seniorenarbeit auf Kreisgruppenebene berichtete Artur Jung (Saarland). Dazu gehörten Tagesseminare und auch die Betreuung von Angehörigen bei Pflegefällen. Man lege Angehörigen von verstorbenen Mitgliedern auch nahe, selbst Mitglied in der GdP zu werden, d.h., die Mitgliedschaft des/der verstorbenen zu übernehmen. Von 10.000 Beschäftigten im Polizeibereich von Rheinland-Pfalz seien etwa 7000 Mitglied der GdP, so Rainer Blatt, davon gehörten 1200 zu den Senior/innen. Austritte von Senioren seien selten, wenn sie austräten, dann meistens mit 61/62 Jahren. Hier hätten sich Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ bewährt. Bei den Neueinstellungen würden etwa 80 Prozent Mitglied der GdP. 2660 Senioren seien

GdP-Mitglied in Bayern, so Günter Klinger. Die Zahl von fünf Austritten pro Monat sei rückläufig. Wichtig sei hier die Arbeit auf Kreisebene. In den Begründungen für Austritte würden meistens Vorwürfe erhoben gegen GdP-Funktionäre. In Hessen gebe es keine Probleme mit Austritten von Senioren. Bei den Neueintritten sei ein Zuwachs zu verzeichnen. Wichtig sei, so die Senioren, dass man auch in anderen Seniorenorganisationen, in Vereinen und in der Kommunalpolitik verankert sei.

Teilnehmer des Süddeutschen Treffens war auch der Bundesvorsitzende der Senioren, Anton Wiemers, der sich die Meinungen der Landesvertreter aufmerksam anhörte. Er betonte die positive Wirkung der Bundessenienfahrten, die durch ihn, Klaus Kulick und Horst Müller betreut würden. Als gut bezeichnete er auch das Seniorenjubiläum in Berlin. Bedauerlich sei gewesen, dass fast keine Vertreter der Politik anwesend gewesen seien, dass die Medienpräsenz mehr als schwach gewesen sei und dass die GdP zu diesem Jubiläum keine Pressemeldung herausgegeben habe. Generell sei es wichtig, sich öfters zu treffen, wichtige Themen zu erörtern und Einfluss zu nehmen auf die GdP-Politik. Zu diesen und anderen Themen gab es eine längere Diskussion.

Informationen aus Hessen

Über die Situation der GdP in Hessen berichtete der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Schumacher. Dazu gehörte die Diskussion um eine zu ändernde Beihilferegelung, die aber durch Initiativen der GdP habe verhindert werden können. Er berichtete von der Kooperation der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz im Bereich Wasserschutzpolizei und bei Helikopterflügen. Für die GdP positiv ausgegangen seien die Personalratswahlen. Man habe bisherige Prozentzahlen halten können und teilweise auch noch Stimmen und Personalratssitze hinzugewonnen. Es gebe ein Stellenhebungsprogramm für die Jahre 2013/2014, um den „A10-Bauch“ abzubauen. Darüber hinaus gab es noch eine kurze Diskussion zur

Streichung der Sonderzulagen für hessische Senioren.

Probleme in den einzelnen Ländern

Breiten Raum bei der Tagung nahmen die Probleme/die Situation in den einzelnen Bundesländern ein. Die GdP sei in Bayern nicht kämpferisch genug, klagte der Seniorenvertreter. Die Seniorenarbeit klappe recht gut, Probleme gebe es eher im Lager der Aktiven. Eine einwandfreie Zusammenarbeit der Senioren mit dem Landesvorstand gebe es in Rheinland-Pfalz. Bei den Aktiven sei das nicht ganz so gut. Auch im Saarland habe man keine Probleme in Seniorenbereich, auch keine finanziellen. Die Zusammenarbeit mit der neuen CDU/SPD-landesregierung klappe besser als vorher mit der Ampel-Regierung. Die Innenministerin habe bereits ein Gespräch geführt mit der GdP-Spitze. Das liege unter anderem auch daran, dass der GdP-Landesvorsitzende neuer Landespolizeivizepräsident sei. Zu schaffen mache noch die neue Polizeireform. Sachsen hänge sich bei der Seniorenarbeit an den DGB. Was dort besprochen werde, habe aber mit Polizei nicht viel zu tun. Bei den Senioren ergebe sich die Schwierigkeit aufgrund der Größe des Landes. Man verlagere die Arbeit auf die Kreisgruppenebene. Bedauerlich sei, dass wieder Senioren austräten. Probleme gebe es bei der Betreuung der Senioren, da immer weniger Mitglieder bereit seien, eine Funktion zu übernehmen.

Keine Probleme gebe es beim BKA mit dem Vorstand, war zu erfahren, eher schon auf Bundesebene. Der Unterschied zwischen Bundespolizei (36.000 Mitglieder) und Kriminalpolizei (5000) mache sich da bemerkbar. Gewerkschaftspolitik sei die Kunst des Machbaren, meinten die Vertreter von Baden-Württemberg. Die GdP habe viel Arbeit vor sich. Das gehe nur mit der Politik, ansonsten mache sie es ohne die GdP. In den kommenden acht Jahren rechne man mit 12.500 Pensionierungen. Das seien 50 Prozent der Polizeibesetzten. Es sei schwer, neue Leute für die Polizei zu gewinnen, da die Industrie lukrative Stellen anbiete. Gemeinsam mit

dem DGB habe man es geschafft, die für dieses Jahr vorgesehenen Eingriffe bei Besoldung und Beihilfe abzumildern. Bei den Senioren solle in diesem Jahr nichts mehr eingespart werden. Man dürfe nicht immer der Politik nachgeben. Es sei Aufgabe der GdP, den Finger in die Wunde zu legen. Die Polizeireformen seien nicht immer das Gelbe vom Ei gewesen, das hätten jetzt so-

gar die bayrischen Politiker erkannt, gab sich Günter Klinger kämpferisch. Bedauerlich sei, dass man jetzt immer weniger Uniformierte auf den Straßen der Kommunen sehe. Baden-Württemberg sitze mit der Politik im Boot, um Fehler zu verhindern. Fehler habe es in Hessen gegeben, so Hermann Müller. Die Polizeireformen hätten mehr Polizei auf die Straße bringen sollen

und weniger Verwaltung. Das Ergebnis sehe man heute: Ein größerer Wasserkopf, immer mehr Verwaltung und Formulare.

Das nächste Treffen der süddeutschen Senioren ist für September 2013 in Rheinland-Pfalz geplant.

Norbert Weinbach

Treffen der Polizeipensionäre Bergstraße

Alle Polizeipensionäre, Rentner und Rentnerinnen des Kreises Bergstraße sind am 24. Oktober um 11 Uhr eingeladen zum jährlichen Herbsttreffen. In gemütlicher Runde wird gefeiert im

Gasthof Jäger, Ortsstr. 31, 64646 Heppenheim-Erbach

Ehepartner/innen, Gäste und Freunde sind ebenfalls herzlich willkommen. Wilfried Seibel, Präsident der Bergsträßer Polizeipensionäre hat wieder ein kleines Programm zusammengestellt.

Das Walter-Heil-Gedächtnisturnier gegen AH 72 ist für den 16. November um 15 Uhr terminiert.

Das Nikolauskegeln ist am 6. Dezember um 14.30 Uhr auf der Bahn des Saalbau-Kinos.

Wegen der Berlinfahrt der Bergsträßer GdP (3.-6. September) findet das Septemberkegeln der Pensionäre am 13. September statt. nw

Seniorensseminar Hessen 2012

Auch in diesem Jahr führt der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seniorensseminar durch. Eingeladen dazu sind alle Rentner/innen und Pensionär/innen mit Partner/in. Eingeladen sind auch die Mitglieder, die kurz vor der Pensionierung stehen. Es ist ein Eigenbeitrag zu leisten von 20 Euro.

Vorgesehene Themen: Erben und Vererben, Wohnen im Alter, Pflegegereform, Verkehrsrecht für ältere Menschen, Bericht des GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller.

Seminartermin: 30./31. Oktober 2012, Beginn: 9 Uhr, Ende am 31.10. um 13 Uhr

Ort: Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Anmeldungen an: Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, Fax: 0611-9922727, E-Mail: rbrunner@gdp-online.de, Anmeldungen nur schriftlich.

Nähere Auskünfte: Norbert Weinbach, Lindenstr.7, 64653 Lorsch, Telefon: 06251-52889 oder 01525-6121912, E-Mail: norbert.weinbach@online.de und bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.

nw

Bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung

Positionen der GdP zur Versorgung der Beamten in der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine bundesweit einheitliche Besoldung und Versorgung für die Beamten/innen in der Polizei. Die Versorgung ist die Fortsetzung der Besoldung. Versorgungsbezüge sind u. a. das Ruhegehalt, die Hinterbliebenenversorgung und die Unfallfürsorge.

Alimentation hat Verfassungsrang

Das Recht der Polizeibeamten/innen und ihrer Familien auf lebenslange Versorgung durch den Staat hat Verfassungsrang (Alimentationsprinzip) und steht daher nicht

zur Disposition. Wegen dieser Verfassungsgarantie ist eine private Vorsorge für eine amtsangemessene Versorgung nicht erforderlich. Für sie darf auch kein Bedürfnis geschaffen werden. Das Abverlangen des Einsatzes von Leben und Gesundheit der Polizeibeamten/innen für die Allgemeinheit ist eine Aufopferung über das allgemeine Maß des Dienst- und Treueverhältnisses hinaus. Dem muss die Altersversorgung der Polizeibeamten in besonderem Maße Rechnung tragen. Bereits mit der Einstellung der Polizeibeamten/innen trifft den Staat

die Pflicht, nachhaltige Vorsorge zu treffen. Art und Umfang bleiben dabei in der Verantwortung des Staates. Die aus dieser Sicherung fließende Altersvorsorge der Polizeibeamten/innen muss folgenden verfassungsrechtlich garantierten Strukturprinzipien entsprechen:

- 1 Grundsatz der amtsangemessenen Versorgung.
- 1 Versorgung aus dem letzten Amt (u.a. BVerfG, 2 BvL 11/04 vom 20.3.2007).

(Damit wäre eine Versorgung auf Grundlage des Lebenseinkommens

verfassungswidrig. Die Versorgung muss auch die Entwicklung der allgemeinen Lebensstandards berücksichtigen.)

- I Die Alimentation ist unabhängig davon zu leisten, ob und inwieweit der/die Versorgungsempfänger/in in der Lage ist, seinen Unterhalt aus eigenen Mitteln zu gestalten (ständige Rechtsprechung des BVerfG).
- I Abstandsgebot (u.a. BVerfGE 11, 203).

Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung

In der öffentlichen wie auch in der nichtöffentlichen Debatte ist die sog. Bifunktionalität der Versorgung stärker herauszustellen, d.h. dass die Beamtenversorgung die Funktion Regelsicherung und Zusatzsicherung kombiniert, welche bei Arbeitnehmer/innen aus den beiden Säulen gesetzliche Rente (1. Säule der Altersvorsorge) und betriebliche Altersvorsorge (2. Säule) besteht.

Die Unterhaltungspflicht des Staates beinhaltet auch die Pflicht zur fortlaufenden Anpassung (Erhöhung) der Versorgungsbezüge an die all-

gemeine Einkommens- / und Lebenshaltungskostenentwicklung. Vergleichsmaßstab kann nicht (nur) die Entwicklung der gesetzlichen Renten sein, weil die gesetzliche Rente nur die erste Säule der Altersvorsorge der Rentner/innen abbildet. Die zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung bestehenden strukturellen Unterschiede sind bei einem Vergleich dieser Systeme zu berücksichtigen. Besoldung und Versorgung bilden eine Einheit. Die in den letzten Jahren vielfach hinter der Tarif- und Lebenshaltungskostenentwicklung zurückbleibenden Besoldungsanpassungen sowie strukturelle Maßnahmen bei der Besoldung (z.B. ein verlangsamter Anstieg in den Stufen/Erfahrungsstufen) entfalten stets auch eine nachteilige „Fernwirkung“ auf die Entwicklung bzw. auf die Höhe künftiger Versorgungsbezüge. Die Ausstrahlungswirkung der Besoldung in Bezug auf die Versorgung wird dann aber weiter verschärft durch Einschnitte in den Bestand des Versorgungsbereichs, so z.B. durch die Absenkung des Höchstversorgungsniveaus auf 71,75 v.H. durch die Einführung der „Ries-

ter-Treppe“, die Veränderung bei den auf Dienstjahre bezogenen Steigerungssätzen u.ä. Insofern ist jedes Versäumnis des Dienstherrn in punkto Besoldung zugleich auch als ein (wenn auch erst zeitversetzt wirksam werdendes) Versäumnis in punkto Versorgung aufzufassen und zu bekämpfen.

Da

- I Besoldung und Versorgung eine Einheit bilden,
 - I die Bestimmungen zur Zulagengewährung Teil des Besoldungsrechts sind
- und
- I bestimmte Zulagen amtsprägend sind,

ergibt sich für die Polizeibeamt/innen als zwingende Konsequenz, dass die amtsbezogene Polizeizulage ruhegehaltsfähig sein muss. Zeitpunkt und Umfang der Versorgung der Polizeibeamt/innen müssen außerdem dem Umstand Rechnung tragen, dass der Polizeiberuf in steigendem Lebensalter nicht mehr voll ausgeübt werden kann. GdP/nw

Bürger für Polizei – Polizei für Bürger

Gerechtigkeit braucht Solidarität

Es gibt zahlreiche Aussagen über das Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei. Der bekannteste ist wohl „Die Polizei – Dein Freund und Helfer“. Es gibt aber auch den Spruch der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Polizei – Dein Partner“. Er ist das Motto für die Präventionsarbeit der GdP. Ein anderer Spruch lautet „Polizei – auch Mensch“. Er appelliert an die Solidarität der Bevölkerung mit ihrer Polizei, weil er aussagt, dass sich hinter der Uniform auch immer ein Mensch verbirgt, mit all seinen Fehlern und Schwächen aber auch mit all seinem Wissen und seiner Stärke. Es gibt auch noch die Frage der GdP: „Wer schützt die, die den Staat (die Bevölkerung) schützen“? Eine Lösung wäre ein weiterer Spruch: „Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben“. Das heißt nicht unbedingt, dass die Polizei als Organisation schwach ist, das heißt



Für Politiker gibt es mehr Geld, Polizist/innen werden dafür ausgequetscht.

eher, dass die GdP im Ernstfall zu ihren Kolleginnen und Kollegen steht, wenn sie in einer Notlage sind. Der einzelne Polizeibeamte kann „schwach“ sein, wenn er überfordert wird, zum Beispiel bei einer gewalttätigen Demonstration oder bei einem Familienstreit im täglich/nächtlichen Streifendienst.

Polizei braucht Unterstützung

Hinter all diesen Aussagen steckt aber auch ein wenig der Ruf nach

Hilfe, nach Solidarität. Solidarität der Bevölkerung, das ist es, was die Polizei benötigt. Die Polizei versucht immer, sich an Recht und Gesetz zu halten, auch wenn das manche Menschen nicht verstehen. Man muss der Polizei dann aber auch Gerechtigkeit widerfahren lassen, man muss zu ihr stehen, wenn sie „angegriffen“ wird. Angreifen heißt dabei nicht nur körperlich, sondern auch medial, in Presse, Funk und Fernsehen. Zu der Polizei stehen müssen die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen, die die Polizei zu schützen versucht, denen sie in einer Notlage helfen will, manchmal auch helfen muss. Nur wenn die Polizei Rückhalt hat in der Bevölkerung, kann sie ihre Aufgaben in einem demokratischen Staat auch ordnungsgemäß ausüben. Es geht hier nicht um Rückhalt bei Fehlverhalten der Polizei, es geht um gesetzliches Handeln.



Weniger Polizisten, mehr Halunken

Die Polizei ist für die Bürger da und sie erwartet, dass die Bürger auch für die Polizei da sind. Das gibt ihr Stärke.

Prävention hilft beiden Seiten

Der Ruf der Polizei in der Bevölkerung ist gut. 78 Prozent sind mit der Polizei zufrieden. Damit steht sie, gemeinsam mit der Feuerwehr, Krankenschwestern, Ärzten, Apothekern und Piloten an der Spitze der Beliebtheitsskala. Es darf dabei nicht wundern, dass Politiker mit 9 Prozent am Ende dieser Skala zu finden sind. Diese Befragung zeigt, dass die Bürger mit ihrer Polizei solidarisch sind. Diese Solidarität braucht die Polizei bei ihren nicht immer leichten Aufgaben ganz dringend. Die Polizei ist Teil der Bevölkerung, sie will es sein und sie muss es sein. Nur durch das gute Verhältnis zwischen Bürger und Polizei ist auch im täglichen Dienst ein gutes Arbeiten möglich. Die Polizei ist in vielen Fällen auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen, sei es als Zeuge oder auch als „Mitarbeiter“ im Falle einer Straftat. Zur Aufklärung von Straftaten, zum Beispiel bei Einbrüchen, sind die Wahrnehmungen von Zeugen ebenso wichtig wie die Eindrücke, die ein Geschädigter gewonnen hat. Natürlich kann man Wohnungseinbrüche durch bessere Sicherungen an Fenstern und Türen verhindern oder zumindest erschweren. Dazu dient die „Kriminalpolizeiliche Prävention“. Sehr gut ist aber auch die Einrichtung „Wachsamer Nachbar“. Diese Menschen passen in ihrem Wohnviertel auf, wenn etwas Auffälliges geschieht. Sie haben ein Auge auf das Anwesen der Nachbarn, etwa wenn diese in Urlaub gefahren sind. Das ist Solidarität gegenüber den Mitbürgern aber auch gegenüber der Polizei. „Wachsamer Nachbar“



Für Banken hat der Staat Geld, der öffentliche Dienst fällt ins Leere.

barn“ sind meist recht gute Zeugen. Sie informieren auch die Polizei auf dem schnellsten Weg und verhindern so vorgesehene Straftaten oder helfen bei der Aufklärung.

Vor Trickbetrügern schützen

Das gilt auch für andere Bereiche, in denen Ganoven tätig sind. Die arbeiten mit allen Tricks, täuschen, betrügen, stehlen. Sie haben es oft auf arglose ältere Menschen abgesehen. Auch hier versucht die Polizei mit ihrer Aufklärungsarbeit Menschen zu informieren, versucht aufzuklären und Straftaten zu verhindern. Vor allem in den Zeitungen gibt es immer wieder Informationen über den „Enkeltrick“ mit dem älteren Menschen das Geld aus der Tasche gezogen werden soll weil an das Mitleid der Menschen appelliert wird. Auch beim an sich harmlosen Geldwechsel kommt es immer wieder zu Trickereien mit denen Menschen um ihr Geld gebracht werden. Die Polizei kann in all diesen Fällen nur aufklären, selten im Vorfeld Straftaten verhindern. Beherrzte Mitbürger aber können das durch tatkräftiges Einschreiten oder durch einen schnellen Anruf bei der Polizei. Auch hier bewährt sich, dass Bürger für die Polizei ebenso da sind wie die Polizei für die Bürger.

Im Kindergarten anfangen

Schon in Kindergärten beginnt die Aufklärungsarbeit der Polizei. Prävention betreibt die Polizei auch mit ihrer Jugendverkehrsschule. Da wird den Grundschulern das richtige Verhalten im Verkehr beigebracht. Sie können dort ihren Fahrradführerschein machen. Das hilft zum einen, den Schulweg sicherer zu machen, verhindert zum anderen unter Umständen aber auch Verkehrsunfälle mit Kindern. Polizei geht auch in Realschulen und Gym-

nasien, betreibt Aufklärungsarbeit, informiert über die Gefahren des Alkohols und von Drogen. Sie versucht durch Aufklärung, junge Leute davon abzuhalten, auf die schiefe Bahn zu gelangen. Alkohol und Drogen sind oft genug der Einstieg in Straftaten, führen zu Gewalt gegen Gleichaltrige aber auch gegen andere scheinbar hilflose Menschen. Mit dieser Art Prävention versucht die Polizei auch, die Bürger zu schützen. Es gibt im täglichen Leben zahlreiche Konfliktfälle wo die Polizei den Kopf hinhalten muss, wenn der eigentlich Zuständige aus der Verwaltung nicht zu greifen ist, vor allem nachts und an Sonn- und Feiertagen. Auch hier bewährt sich die Hilfe von Bürgerinnen und Bürgern, die die Polizei im Einzelfall unterstützen.



Dieses Plakat spricht für sich.

Polizeidienst nicht immer leicht

Der Dienst bei der Polizei ist abwechslungsreich. Er macht auch Spaß, trotz all dem Stress, dem Polizistinnen und Polizisten im Dienst „rund um die Uhr“ ausgesetzt sind. Der Dienst ist oft belastend, nicht nur durch die zahlreichen Sondereinsätze bei besonderen Veranstaltungen. Das berühmte „lange Wochenende“ ist kaum möglich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist schwierig, der Kontakt zu Bekannten nicht immer einfach. Die Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, Theater, Vereine, sind eingeschränkt. Der Arbeitsdruck ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Dazu kommt eine verlängerte Wochenarbeitszeit von 42 Stunden, die vor allem den Schichtdienst trifft. Dazu kommt, dass Personal eingespart wird, dass Dienststellen aufgelöst werden. Dazu kommen Reformen, die nicht das bringen, was eine Reform verspricht, nämlich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das wirkt

sich, trotz der guten Arbeit, die die Polizei nach wie vor leistet, auch auf den Schutz der Bevölkerung aus. Überlastung ist im Grunde keine Motivation, sich im Dienst vermehrt zu engagieren. Betrachtet man die Tatsache, dass die Personalräte in Hessen, anders wie die Betriebsräte in der Industrie, kaum eine Möglichkeit haben, tatsächlich über Arbeitsabläufe und alles was damit zusammen hängt mitzubestimmen, dann zeigt das eine gewisse Hilflosigkeit. Hier könnte man auch noch anführen, dass Polizistinnen und Polizisten als Beamte zwar einen sicheren Job haben, dass sie aber für ihre Arbeitsplätze nicht streiken dürfen. Sie sind Bittsteller bei der Landesregierung. Sie können sich zwar in einer Gewerkschaft zusammenschließen, die meisten in der GdP, doch auch der Gewerkschaft der Polizei sind die Hände gebunden.

Oft kann sie nur durch gezielte Aktion die Öffentlichkeit auf Missstände aufmerksam machen, kann so Politiker unter Druck setzen und hin und wieder auch Erfolge erzielen. Auch hier ist die Polizei auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen. Durch öffentlichen Druck, sprich Solidarität, können die Bürger ihre Polizei unterstützen. Schließlich ist die Polizei Teil der Bevölkerung.

Gewalt gegen Polizei

Bleibe noch ein weiteres Kapitel zu erwähnen, das Thema Gewalt. Es geht um Gewalt gegen Sachen und gegen Menschen. Da werden bei Demonstrationen Scheiben von Banken und Geschäften eingeschlagen, da werden Brände gelegt, werden Molotow-Cocktails geworfen, Steine und Feuerwerkskörper.

Da werden bei Einsätzen nicht nur Polizistinnen und Polizisten angegriffen, da greifen diese Rabauken auch Mitarbeiter des Roten Kreuzes an oder Feuerwehrleute, die Brände löschen wollen, um größeren Schaden zu verhindern. Da gibt es viele Verletzte. Die Polizei hat seit dem Kriegsende zahlreiche Tote zu beklagen die nicht nur bei Großeinsätzen ums Leben gekommen sind. Es gibt die Anti-Atom-Demos, die Demos von Occupy und Attac,



Wenn der öffentliche Dienst für seine Rechte demonstriert, ist die Polizei auch dabei.

es gibt die Ostermärsche, Demos am 1. Mai und auch die Aufzüge der unbelehrbaren Neo-Nazis, bei denen es oft Gegendemonstrationen gutwilliger Bürger gibt, Mitglieder von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen.

Da kommt es zu Auseinandersetzungen mit beiden Gruppierungen, weil die Polizei genehmigte Demos der Neo-Nazis ebenso schützen muss wie die Bürger, die gegen diese Rechten demonstrieren. Da gibt es aber auch immer wieder den „Schwarzen Block“, Vermummte, die nichts anders im Sinn haben als Randalen. Sie sind gewalttätig gegen Personen und Sachen, nehmen sogar den Tod von Menschen in Kauf. Auch radikal-islamische Salafisten haben in der jüngsten Vergangenheit Polizisten angegriffen und verletzt.

Opfer ist in solchen Fällen fast immer die Polizei, die ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt.

Polizei mehr als nur Prellbock

Die politisch motivierte Gewalt von links und rechts, von religiösen Fanatikern und Extremisten aller Art hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Immer wieder ist die Polizei dabei der Prellbock.

Sie muss den Kopf hinhalten für diesen Staat, für die Politiker, die hin und wieder Gesetze machen, die kaum zu verstehen sind. Sie muss diese Verantwortlichen für unsere Gesellschaft schützen. Da hilft es

auch nicht, dass Politiker in Sonntagsreden die Polizei loben und härtere Strafen fordern.

Ein weiteres Beispiel ihrer Unfähigkeit ist die Gewalt in Fußballstadien, wie man sie in jüngster Zeit wieder im Fernsehen beobachten konnte. Da muss die Polizei mit hunderten Polizisten ran, muss Überstunden machen bei Sondereinsätzen für Millionäre: Bezahlt wird das alles vom Steuerzahler.

Auch Polizisten sind Steuerzahler. Da nimmt der Deutsche Fußballbund Millionen ein, da verdienen (oder bekommen) Fußballer hunderttausende von Euros und der Steuerzahler muss bluten für Veranstaltungen, die zwar viele Menschen interessieren, von denen die meisten aber kein Verständnis haben für die Gewalt, die von sogenannten „Ultras“ ausgeübt wird. Das schlimme daran ist, dass diese Leute sich auch noch Fans nennen dürfen. Da stellt sich doch die Frage, ob die Verantwortlichen des Fußballs nicht mehr tun können, diese Gewalt zu verhindern oder wenigstens die Kosten für die Polizeieinsätze zu tragen.

Polizei kann sich nur wehren durch den Druck der Öffentlichkeit, durch das Verständnis, das die Bürgerinnen und Bürger aufbringen für ihre Polizei. Deshalb:

Bürger für Polizei – Polizei für Bürger – Gerechtigkeit braucht Solidarität.

Norbert Weinbach

Gleicher Urlaubsanspruch

Beamte und Angestellte finanziell gleichgestellt

Nach der Rechtsprechung des EuGH (Urteil vom 3. Mai 2012, Az. C337/10) wurde nunmehr die Ungleichbehandlung bei der finanziellen Abgeltung von Urlaubstagen zwischen Angestellten und Beamten beseitigt. In der Rechtssache ging es um die finanzielle Abgeltung von Urlaub, den ein Beamter oder eine Beamtin wegen einer Erkrankung vor der Pensionierung nicht mehr in Anspruch nehmen kann. Ein Feuerwehrbeamter aus Frankfurt strengte das Verfahren beim Verwaltungsgericht Frankfurt an, da er aufgrund einer Krankheit seinen Urlaub vor der Pensionierung nicht mehr nehmen konnte. Er beehrte dafür einen finanziellen Ausgleich. Das VG Frankfurt lehnte dies ab.

Der EuGH hob die Entscheidung des VG Frankfurt auf und bezog sich

alleine auf die Arbeitszeitrichtlinie der EU (Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG), die keinen Unterschied zwischen Angestellten und Beamten macht. Das Land Hessen kann lediglich den Maximalanspruch auf vier Wochen begrenzen. Dies ist ein weiterer Erfolg für unsere Beschäftigten, nachdem der EuGH bereits im Jahr 2009 entschieden hatte, dass Urlaub, der wegen einer Erkrankung nicht genommen werden kann, nicht verfällt.

Aufgrund der Entscheidung des EuGH hat die GdP im Juni den Innenminister angeschrieben und gebeten, bereits vorliegende Anträge ruhend zu stellen bzw. auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Der Minister hat geantwortet, dass er verfügt hat, einschlägige Antrags- und Gerichtsverfahren ru-

hend zu stellen. Ob jedoch auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird, soll noch bis zum Jahresende geprüft werden, es besteht schließlich noch ausreichend Zeit.

Damit jedoch Ansprüche nicht verjähren oder verfallen, ruft die GdP dazu auf, entsprechende Anträge auf finanzielle Vergütung der nicht genommenen Urlaubstage bei den jeweiligen Behörden zu stellen. Betroffen sind alle, die in den vergangenen Jahren, bis 2010, aus einer Krankheit in den Ruhestand versetzt wurden, oder nun damit rechnen müssen.

Auf der Homepage der GdP Hessen steht ein Musterantrag, den alle Betroffenen verwenden können (www.gdp.de/hessen - Infothek-Infos-Downloads). Peter Wittig

Die Hessische Polizeistiftung

Der Erfolg polizeilicher Arbeit stellt sich immer nur dann ein, wenn ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bürger/innen unseres Landes besteht. Die hessische Polizei ist bürgernah und bürgerfreundlich. Das beweisen die Polizeibeschäftigten Tag und Nacht im Rahmen ihrer Dienstverrichtung. Gerade die hessenweiten durchgeführten „Tage der offenen Türen“ in den Polizeipräsidien und der immense Zuspruch durch die Bevölkerung bestätigen eindrucksvoll das gute Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei. Als Sicherheitsinstitution genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen und die Mehrzahl der Bürger/innen in unserem Land lehnt Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ab. Weit mehr Vertrauen wird in die Arbeit der Polizei gesetzt als in die der Politiker. Zum Selbstverständnis des Polizeiberufes gehört es jedoch, dass sich Polizist/innen in Gefahr begeben müssen. Häufig müssen wir in der medialen Berichterstattung zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeit der Polizei mit dem Einsatz von Leib und Leben verbunden ist. Nicht selten werden bei besonders schweren Einsätzen unsere Polizeibeschäftig-



Jens Mohrherr, Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung. nw

ten schwer verletzt oder gar getötet. Dabei ist festzustellen, dass nach der vielleicht spektakulären Berichterstattung das Ereignis schnell in Vergessenheit gerät. Im Bewusstsein der schnelllebigen medialen Welt sind täglich wechselnde Schlagzeilen gegenwärtig.

Polizeistiftung hilft

Viele Polizeibeschäftigte haben sich sicherlich schon oft gefragt:

Was geschieht, wenn mir etwas zustößt, mit meiner Familie? Unserem Dienstherrn ist dabei häufig eine enge Grenze gesetzt, auch wenn die Versorgungsregelungen in den vergangenen Jahren nicht verschlechtert wurden.

In diesen Fällen dann zu helfen, Betroffene und Angehörige nicht im Stich zu lassen, hat sich die Polizeistiftung zur Aufgabe gemacht. Diejenigen Beschäftigten, die in ihrem Dienst für die Allgemeinheit Schaden erlitten haben, haben Solidarität verdient. Die Polizeistiftung betreut oft über Jahre hinweg die betroffenen Kolleg/innen sowie deren Familien und Angehörige.

Im Vorstand der Polizeistiftung sind folgende Mitglieder vertreten: der Landespolizeipräsident, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei sowie ein weiteres Mitglied des Hauptpersonalrates. Darüber hinaus werden wir durch unsere Geschäftsführerin, Silke Wendling, unterstützt. Die Polizeistiftung ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts, sie ist mildtätig und gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung.

Beispiele unserer Unterstützungen sind:

- 1 Gewährung von Sonderurlauben an im Dienst Schwerverletzte zur schnelleren Regeneration.
- 1 Finanzielle Unterstützung von Angehörigen getöteter Polizeibeschäftigter bei Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil Existenz bedrohend sein können.
- 1 Einmalige Weihnachtsunterstützung von ehemaligen Polizeibeschäftigten, deren Ruhestands-

bezüge unter dem Sozialhilfesatz liegen.

Ihre Mittel erhält die Hessische Polizeistiftung u.a. auch durch Spenden aus der Bevölkerung, von Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Des Weiteren fließen ihr Bußgelder aus Strafverfahren zu. Darüber hinaus kann auch eine Fördermitgliedschaft eine wirksame Unterstützungsleistung sein, um speziell Langzeitfälle noch besser betreuen zu können. Hiervon in der zurückliegenden Zeit einige Kol-

leg/innen davon Gebrauch gemacht und sind Fördermitglieder geworden. Wir würden uns aber über jedes weitere Fördermitglied freuen. Als Vorsitzender der Polizeistiftung bedanke ich mich bei allen Fördermitgliedern und Gönnern für ihre Spendenbereitschaft. Gerne stehen wir für weitere Auskünfte unter folgender Anschrift zur Verfügung: Hessische Polizeistiftung, Friedrich Ebert Allee 12, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 – 353 1773. Jm

Schlüssel verloren – GdP hilft

„Es gibt nichts, was es nicht gibt“, sagt ein altes Sprichwort. Wahrscheinlich stimmt das nicht so ganz. Es gibt aber Dinge, die es gibt, die man aber nicht kennt. Dazu gehört auch die Frage: „Was mache ich, wenn ich meinen Schlüssel verloren habe“? Da hat die GdP eine relativ einfache und kostengünstige Lösung. Man bestellt sich bei der OSG (Organisations- und Servicegesellschaft der GdP, Forststraße 3, 40721 Hilden) für wenig Geld einen Schlüsselanhänger.

Darauf ist auf der Vorderseite der GdP-Stern abgebildet und auf der Rückseite steht die Adresse des Bundesvorstands der GdP in Hilden. Dazu kommt eine individuelle Se-



Mit dem Schlüsselanhänger der GdP kann man seinen verlorenen Schlüssel wieder zurückbekommen. nw

riennummer und der Zusatz: Bitte in den nächsten Postbriefkasten werfen. Danke.

Wird der Schlüssel mit Anhänger gefunden und von dem Finder in einen Briefkasten geworfen, dann schickt ihn die Post auf Kosten der GdP nach Hilden. Dort wird die Nummer des Schlüsselanhängers identifiziert und der Kollege, die Kollegin erhält seinen/ihren Schlüssel wieder zugesandt.

Wichtig ist, dass man den ersten Schritt tut und sich so einen Schlüsselanhänger besorgt. Nw

Die Weisheit der Dakota-Indianer

Du kennst die Weisheit der Dakota-Indianer nicht? Wirklich nicht?

„Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab“!

So schlicht lautet die alte Weisheit der Dakota Indianer. Doch im wirklichen Leben laufen wir, zum Beispiel durch den gewohnten Trott, immer wieder Gefahr wie folgt zu reagieren:

Es wird eine andere Peitsche besorgt.

Ein Arbeitskreis wird gegründet, um das Pferd zu analysieren.

Unterschiedliche tote Pferde werden verglichen.

Eine Task Force wird ins Leben gerufen, um das tote Pferd wiederzubeleben.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter erhalten Trainingseinheiten, um auf toten Pferden besser reiten zu lernen.

Der Reiter/die Reiterin wird gewechselt.

Eine Beratungsfirma wird engagiert, um das Reiten toter Pferde zu optimieren.

Eine Studie untersucht, ob es nicht billigere Berater/innen gibt.

Die Kriterien werden geändert, die festlegen, wann ein Pferd tot ist.

Es wird behauptet „so wurde das Pferd schon immer geritten“.

Es werden zusätzliche Mittel locker gemacht, um die Leistung des Pferdes zu erhöhen.

Mehrere tote Pferde werden zusammen gespannt, um mehr Leistung zu erzielen.

Die Leistungsbedingungen für tote Pferde werden überarbeitet.

Die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde werden erhöht.

Es wird erklärt, dass das eigene Pferd tot „besser, schneller und billiger“ ist.

Es gibt sicher viele weitere Methoden, tote Pferde zu reiten. Es gibt

aber auch viele Kolleg/innen in der GdP, die die Weisheit der Dakota-Indianer beherzigen. Diese Weisheit ist sicher auch auf andere Gebiete anzuwenden, da es für alle

Probleme zahlreiche Lösungsmöglichkeiten gibt aber noch viel mehr gut Ratschläge (Ausreden), die im Regelfall nichts nützen. Unsere Politiker beherrschen dieses Spiel sehr

gut. Die Frage bleibt, wann sie die Wahrheit erkennen und von dem „toten Pferd“ absteigen. nwsdp

Respekt vor der Polizei geht verloren

GdP fordert einen eigenen Paragraphen zum Schutz der Polizei

„Gewalt gegen Polizei“, ein Thema mit besorgniserregender Entwicklung, das uns täglich in den Medien begegnet. Jeder kann auf seine berufliche Laufbahn zurückblicken und selbst von vielen Einsätzen berichten, die auch nachhaltig hängen geblieben sind und auch heute noch Wirkung zeigen. Es sind diese Einsätze im Rahmen des täglichen Dienstes oder bei geschlossenen Einsätzen, bei denen es zu körperlichen Konfrontationen mit dem polizeilichen Gegenüber kam. Viele Kolleg/innen haben Verletzungen davon getragen und kämpfen heute noch mit Erinnerungen und auch Nachwirkungen.

Hier ein Blick auf die Statistik: Angriffe auf Polizeibeschäftigte im Jahr 2010: 1418, im Jahr 2011: 1782. Das ist eine Zunahme von 25,7 Prozent. Festgestellte Tatverdächtige: 1025, davon unter Einfluss von Alkohol/Drogen: 77 Prozent.

Respekt vor der Polizei geht verloren

In dem rückblickenden Vergleich von früher zu heute ist festzustellen, dass sich Dinge verändert haben in unserer Gesellschaft, die sich in eine bedenkenswerte und äußerst gefährliche Richtung bewegen. Es hat sich nicht nur die Anzahl der Widerstände bei Vollstreckungsmaßnahmen oder der Durchsetzung von polizeilichen Maßnahmen im Einsatz erhöht. Vielmehr ist es so, dass der Respekt vor den Menschen, die für die Sicherheit im Lande sorgen, nahezu den Boden verloren hat. „Es geht nicht so weiter - wir verlieren die Straße“. Dies waren die Worte vor vielen Wochen, die aufhorchen ließen. Kolleg/innen des Innenstadtreviers in Wiesbaden hatten selbst um Hilfe gerufen. Sie konnten dem täglichen Umgang eben auf dieser Straße nicht mehr Herr werden. Es war ein Hilferuf von Polizist/innen, die ihrer Aufgabe gerecht werden



Eigener Strafparagraph bei Angriffen gegen Polizist/innen. gdp

möchten, aber dazu gerade personell nicht mehr in der Lage sind.

Wenn sich potentielle gewaltbereite Chaoten nun auch noch organisieren und mit der Polizei „spielen“, wenn sie unsere Einsatzkräfte an abgelegene Orte rufen, um sie dort gezielt anzugreifen, wenn Kolleg/innen mit Chemikalien angegriffen und, am Boden liegend, noch mit Tritten traktiert werden, dann ist Schluss mit lustig. Die Situation in Wiesbaden wurde durch sinnvolle Maßnahmen beruhigt, die Rahmen wurden neu gesteckt und es hat auch Wirkung gezeigt. Aber, wir sind personell nicht in der Lage, dies flächendeckend zu gewährleisten. Hier ist die politische Unterstützung dringend gefordert.

Wie hat der Gesetzgeber reagiert?

Auch die nun in Teilen durch den Innenminister veröffentlichte Statistik „Angriffe auf Polizeibeschäftigte für das Jahr 2011“ zeigt wiederum den dringenden Handlungsbedarf. Eine Steigerung der Angriffe um 25,7% in Hessen innerhalb eines Jahres spricht bereits Bände und

untermauert die Forderung nach Maßnahmen von politischer Seite. Seit Jahren fordert die GdP die Einführung einer eigenständigen Strafrechtsnorm, § 115 StGB - „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“. Mit viel Druck und hinterlegt mit ständig steigenden Fällen von Gewalt gegen Polizeibeschäftigte wurde die Bundespolitik aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren.

Ich kürze es ab, die Justizministerin und der Innenminister haben sich auf eine „Heraufsetzung des Strafrahmens“ im § 113 StGB verständigt. Das reicht bei Weitem nicht aus. Sind denn die politisch Verantwortlichen nicht in der Lage, das zu bewerten, was auch sie täglich aus den Medien und den polizeilichen Statistiken erfahren?

Scheinbar nicht, auch bei den Auseinandersetzungen um die Vorratsdatenspeicherung zeigt sich, dass interne politische Machtkämpfe stattfinden, anstatt sich an der Sache zu orientieren.

Unvermittelte und hinterhältige Angriffe bedürfen eines besonderen Gesetzes

Warum soll denn eigentlich eine eigenständige Norm die Polizist/innen besser schützen, als die bereits bestehende Strafbarkeit bei Widerstandshandlungen? Sicher können alle Kolleg/innen bestätigen, dass sich der eingangs genannte Respekt mit den Jahren verändert hat, und zwar zum Negativen. War es vor vielen Jahren nahezu ein absolutes „No-Go“, einen Polizisten ohne Grund anzupöbeln, zu bespucken oder gar körperlich zu attackieren, hat sich hier etwas im Umgang mit den Beschützern des Staates verändert. Gerade die Angriffe, die unvermittelt und nicht vorhersehbar stattfinden, erzeugen ein hohes Risiko von schweren Verletzungen. Die Angriffe, von denen man fast täglich lesen kann bzw. muss, sind durch den Schutz des § 113 StGB nicht abgedeckt. Dieser setzt nämlich genau diese Vollstreckungshandlung voraus. Findet diese nicht statt und der Angriff geschieht aus heiterem Himmel, so kann man der Auffassung sein, dass es ja Normen wie die der Körperverletzungsdelikte gibt, die auch einem Polizisten als Opfer nützen.



Keine Gewalt gegen Polizei – eine Kampagne der GdP gdp

Ja, das ist richtig, es gibt sie. Aber ist es nicht die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass diese Menschen, die für die Sicherheit immer öfter Ziele von Gewaltchaoten sind, einen besonderen Schutz des Staates erfahren? An dieser Stelle sei daran erinnert, dass man für Verfehlungen von Polizist/innen ja auch eigene Normen geschaffen hat. Ich spreche von allen Amtsdelikten, die für Beamt/innen eine höhere Be-

strafung vorsehen, als für den Rest der Welt. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Dass muss aufhören.

Innenminister Rhein startet neuen Anlauf über die IMK

Unser Minister hat in den vergangenen Wochen angekündigt, dass er über den Arbeitskreis Innere Sicherheit (AK II) und die Innenministerkonferenz (IMK) einen neuen Anlauf starten möchte, um die von der GdP geforderte Einführung eines § 115 StGB in den Bundestag einzubringen. Die GdP wird ihn mit allen Mitteln unterstützen, damit dieser ausufernden Gewalt endlich Einhalt geboten wird. Wenn man die Beschäftigten höher bestraft, wenn sie selbst Täter sind, dann dürfen sie auch erwarten, dass man sie besonders schützt, wenn sie selbst Opfer werden. Nur durch gesetzgeberische Maßnahmen begeben wir uns auf den richtigen Weg, denn: Wir dürfen die Straße nicht verlieren.

Herr Minister Rhein, vielen Dank für die Unterstützung unseres Begehrens, verbunden mit viel Glück bei ihren Bemühungen.

Peter Wittig

Zwei Fahrzeuge mit einem Kennzeichen

Vorsicht bei Rabatten von Versicherungen

Seit dem 1. Juli können in Deutschland zwei Fahrzeuge wechselweise mit nur einem Kennzeichen gefahren werden. Der Gesetzgeber will mit dieser Neuerung die Flexibilität von Kfz-/Motorradbesitzern erhöhen.

Allerdings dürfen höchstens zwei Fahrzeuge derselben EU-Fahrzeugklasse sich ein Kfz teilen. Eine Kombination Kfz/Motor-

rad ist nicht möglich. Flexibel sind die Kfz-Halter mit der neuen Lösung allerdings nicht, da sie zwar für zwei Fahrzeuge ein Kennzeichen benutzen dürfen aber für beide Fahrzeuge wie bisher auch die Steuer bezahlen müssen.

Vorsichtig sollte man auch sein, wenn jetzt Kfz-Versicherer mit hohen Rabatten locken. Die eine oder andere Versicherung gewährt zwar

„höhere“ Rabatte, dafür ist unter Umständen aber die Versicherung billiger, die weniger hohe Rabatte verspricht, weil sie generell billiger ist als die, die jetzt mit hohen Rabatten locken.

Ein Blick ins Internet (Online-Vergleichsportale) kann da sehr hilfreich sein, um die Tarife zu vergleichen. nw

Neuerungen bei der Hauptuntersuchung

Der Gesetzgeber hat mit der 47. Änderungsverordnung zur StVZO die amtliche Hauptuntersuchung (HU) reformiert. Dabei geht es vor allem um die Vorführung von Kraftfahrzeugen beim Technischen Überwachungsamt (TÜA). Ab 1. Juli 2012 gelten folgende Regeln:

Wird die Frist zur Vorführung eines Kfz/eines Motorrads überzogen, wird das Datum der Hauptuntersuchung in keinem Bundesland mehr zurückdatiert.

Beim Überziehen der Vorführung zur Hauptuntersuchung um zwei und mehr Monate, muss eine ver-

tiefe Untersuchung durchgeführt werden. Die ist 20 Prozent teurer als eine normale HU.

Also auf das Datum des Ablaufmonats achten. Sonst ist nicht nur die HU teurer, es droht auch ein Verwarnungs- und Bußgeld. nw